

BJÖRN BASTIAN BOERGER

# Zur Schutzfunktion des Wirtschaftsstrafrechts

*Freiburger  
Rechtswissenschaftliche  
Abhandlungen  
23*

---

**Mohr Siebeck**

FREIBURGER RECHTSWISSENSCHAFTLICHE ABHANDLUNGEN

Herausgegeben von  
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Band 23





Björn Bastian Boerger

# Zur Schutzfunktion des Wirtschaftsstrafrechts

Gemeinsamkeiten und Unterschiede  
im Einsatz von Vermögensstrafrecht zum Schutz  
von Wirtschaftsunternehmen vor pflichtwidrigem  
Fehlverhalten ihrer Führungskräfte  
in Deutschland und den USA

Mohr Siebeck

*Björn Bastian Boerger*, geboren 1983; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg; Referendariat am Landgericht Waldshut-Tiengen mit Stationen in Freiburg, Berlin und Washington, 2017 Promotion; Rechtsanwalt in München.  
orcid.org/0000-0001-5134-8531

ISBN 978-3-16-155942-6 / eISBN 978-3-16-156249-5  
DOI 10.1628/978-3-16-156249-5

ISSN 1864-3701 / eISSN 2569-393X (Freiburger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times New Roman gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist zwischen November 2011 und November 2016 während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strafrecht und Strafprozessrecht der Universität Freiburg unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Walter Perron entstanden. Sie wurde im Sommersemester 2017 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung sind im Wesentlichen auf dem Stand November 2016.

Besonders bedanken möchte ich mich bei meinem Doktorvater, Prof. Dr. Walter Perron, der mich an sein Institut geholt und mir dort im Bereich Rechtsvergleichung und internationales Strafrecht Freiräume zum Forschen und Lehren eröffnet hat, die ich erst rückblickend wirklich zu schätzen weiß. Seine kritische, immer konstruktive, nie aufdringliche und dem Diskussionspartner gegenüber stets wohlwollende Herangehensweise an juristische (und außerjuristische) Problemstellungen hat mich und meine Arbeit geprägt – ohne diese unterstützende, Freiräume gewährende und zugleich auf Schaffung wirklichen Mehrwerts konzentrierte Haltung hätte ich weder die Zeit, noch die Geduld, noch die Kraft aufgebracht, diese Arbeit am Ende so fertigzustellen, wie ich sie mir am Anfang vorgenommen hatte.

Prof. Dr. Ulrich Sieber danke ich für die äußerst zügige Erstellung des Zweitgutachtens, Prof. Dr. Michael Pawlik und Frau Prof. Dr. Yuanshi Bu für die Abnahme der mündlichen Prüfung, und allgemein der Rechtswissenschaftlichen Fakultät für die Gelegenheit der Veröffentlichung in der Fakultätsreihe.

Mein Dissertationsthema fiel nicht einfach vom Himmel. Bedanken möchte ich mich hier besonders bei Rechtsanwalt Karl-Jörg Xylander, der im Jahr 2010 die Initialzündung für diese Arbeit gab, indem er mir während meiner Anwaltsstation in Berlin die Kontroversen um den deutschen Untretuetatbestand nahebrachte. Die mit ihm geführten Diskussionen zu den wirtschaftlichen Konsequenzen einer weiten Tatbestandsauslegung hatten mich danach nicht mehr losgelassen, auch nicht während meiner auf seine Empfehlung zurückgehenden Wahlstation in Washington, D. C. im folgenden Jahr. Dort war es Rechtsanwalt Benjamin Kwak, der mich in die vergleichbaren Problemstellungen und andauernden Diskussionen um den Tatbestand des *Honest Services Fraud* im US-

Bundesstrafrecht einführt – den konkreten Ansatzpunkt für den vorliegenden Rechtsvergleich.

Auch möchte ich mich für die zahlreichen inhaltlichen Diskussionen, kritischen Nachfragen und fachlichen Ratschläge bei Nelson Salazar Sánchez, Prof. Dr. Asier Urruela Mora und Dr. Arantza Libano Beristain sowie Prof. Dr. Montserrat de Hoyos Sancho und Pablo Serrano bedanken, deren Erfahrungen im rechtsvergleichenden Arbeiten für mich und diese Arbeit extrem bereichernd waren. Dank gebührt auch den Rechtsanwälten Dr. Franz Leisch und Dr. Thomas Grützner für eine noch Mitte 2016 geführte Diskussion zu meinem Thema, die mir eine kritische Prüfung der eigenen Schlussfolgerungen gegen die Rechtspraxis ermöglicht und Impulse für weitere Ergänzungen und Anpassungen gegeben hat.

Für die insbesondere praktische Unterstützung bei der Erstellung der Arbeit bin ich schließlich den (damals noch studierenden) Institutsmitarbeitern Oliver Jany, Derya Cilingir und Merve Yolacan sowie Nico Schmid, Malte Stedtnitz, Sebastian Heni und Anna Gralla sehr dankbar.

München, im März 2018

Björn Boerger

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Übersicht der besprochenen Fälle .....	XXV
Abkürzungsverzeichnis .....	XXVII
Einführung .....	1
<i>A. Ziel der Untersuchung</i> .....	2
<i>B. Gegenstand der Untersuchung</i> .....	5
I. Beschränkung auf „pflichtwidriges Fehlverhalten von Führungskräften in Wirtschaftsunternehmen“ .....	5
II. Konsequenzen des föderalen Aufbaus des US-Strafrechtsystems für den Vergleichsgegenstand des „Vermögensstrafrechts“ .....	6
III. Vergleichsgegenstand – Anhand exemplarischer Fälle zu vergleichende Bereiche des deutschen und US-amerikanischen Vermögensstrafrechts .	9
<i>C. Verlauf der Untersuchung</i> .....	12
Teil 1: Vergleichsgrundlage ( <i>tertium comparationis</i> ) – In beiden Rechtsordnungen anerkannte Kategorien und Fallgruppen pflichtwidrigen Fehlverhaltens von Führungskräften .....	15
<i>A. Pflichtenbindung und Haftung von Führungskräften nach deutschem     Zivilrecht</i> .....	16
<i>B. Pflichtenbindung und Haftung von Führungskräften nach     US-amerikanischem Zivilrecht</i> .....	18
<i>C. Die gemeinsame Kategorie „Loyalitätspflichtverletzung“ und ihre     Fallgruppen – Verletzung der Pflicht zur ungeteilten Wahrung der     Unternehmensinteressen</i> .....	21
I. Einseitige Selbst- oder Drittaneignung von Vermögenswerten („misappropriation“) .....	22
II. Eigengeschäfte für sich selbst oder nahestehende Dritte mit dem Unternehmen („self dealing“) .....	23

III. Geschäftshandlungen unter Annahme von Zuwendungen Dritter („bribes and kickbacks“) . . . . .	25
IV. Sonstiges, auf der Verfolgung von missbilligten Sonderinteressen beruhendes, interessenwidrige Verhalten („acting in bad faith“) . . . . .	25
<i>D. Die gemeinsame Kategorie „Sorgfaltspflichtverletzung“     („mismanagement“) und ihre Fallgruppen – Verletzung der Pflicht zur     gehörigen Unternehmensführung . . . . .</i>	26
I. Verstöße gegen verbindliche Verhaltensvorgaben (Legalitätspflicht im engeren und weiteren Sinne) . . . . .	29
II. Verstöße gegen ein allgemeines Nachteilszufügungsverbot (Verschwendung von Unternehmensvermögen sowie Verstöße gegen Informations- und Überwachungspflichten) . . . . .	31
<i>E. Zusammenfassung: Zu untersuchende Fallgruppen der Loyalitäts- und     Sorgfaltspflichtverletzungen . . . . .</i>	33
 Teil 2: Die Strafbarkeit von Führungskräften für pflichtwidriges Fehlverhalten im deutschen Vermögensstrafrecht . . . . .	35
<i>A. Das deutsche Vermögensverständnis –     Reichweite und Grenzen des Schutzes von Wirtschaftsunternehmen     vor Schädigung ihrer Vermögenswerte . . . . .</i>	36
I. Faktische Einschränkung: Kein Schutz vor Verlust von Vermögenswerten bei wirtschaftlicher Kompensation . . . . .	39
II. Normative Einschränkung: Kein Schutz vor Verlust „unrechtmäßiger“ Vermögensbestandteile . . . . .	41
III. Faktische Ausdehnung: Auch Schutz vor bloßer „Gefährdung“ (objektiv-wirtschaftlicher Wertminderung) von Vermögenswerten . . . . .	42
IV. Normative Ausdehnung: Auch Schutz vor Austausch eines Vermögenswerts gegen wirtschaftlich gleichwertigen, aber „unrechtmäßigen“ Vermögenswert . . . . .	44
V. Anforderungen des verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebots an den strafrechtlichen Vermögensbegriff – (Keine) Grenzen bei der faktischen und normativen Ausdehnung des deutschen Vermögensstrafrechts? . . . . .	48
<i>B. Erfassung pflichtwidrigen Verhaltens durch „allgemeine“ Straftaten gegen     Vermögenswerte . . . . .</i>	51
I. Pflichtwidrige Schädigung – Sachbeschädigung (§§ 303 StGB) . . . . .	51
1. Auseinanderfallen von Eigentumsrecht und „Unternehmensinhaberschaft“ – Fremdheit einer Sache . . . . .	54
2. Existenz von Einwilligungsschranken – Eigenverantwortliche oder einverständliche (Be-)Schädigungen . . . . .	55

3. Innenverhältnis als Grenze der Vertreterereinwilligung und Befreiungsmöglichkeiten durch Erklärungen der „Unternehmensinhaber“ .....	57
4. Allein theoretische Relevanz der Sachbeschädigung für die zu untersuchenden Fälle .....	58
II. Pflichtwidrige Zueignungen – Unterschlagung (§ 246 StGB) .....	59
1. Manifestation eines tatsächlichen Zueignungswillens durch vorsätzlichen Verstoß gegen Beschränkungen im Innenverhältnis (Tathandlung und Tatvorsatz) .....	59
a) Einseitige, missbilligte Selbst- oder Drittzueignung von Unternehmensgütern .....	61
b) Austauschgeschäfte unter Verfolgung von missbilligten Sonderinteressen, unter Annahme von Zuwendungen Dritter sowie Eigengeschäfte .....	63
c) Keine Erfassung von Austauschgeschäften unter bloßem Verstoß gegen Sorgfaltspflichten .....	66
2. Beschränkung der Unterschlagung auf gegenständliche Vermögenswerte (Tatobjekt: fremde bewegliche Sache) .....	66
3. Theoretische Relevanz, aber praktische Bedeutungslosigkeit der Unterschlagung für die zu untersuchenden Fälle .....	68
III. Pflichtwidrige Täuschungen mit Schädigungsfolge – Betrug (§ 263 StGB) .....	69
1. Absicht „stoffgleicher Bereicherung“ durch Vermögensschaden – Begrenzung auf schädigende „Loyalitätspflichtverletzungen“ .....	71
2. Täuschungen „des Unternehmens“ im Zusammenhang mit loyalitätswidrigem Fehlverhalten (wirtschaftliche und rechtliche Verhältnisse, Sonderinteressen bzgl. Geschäften/Personen, Absichten und Motive) .....	71
a) Ausdrückliche und konkludente Täuschungen im Zusammenhang mit (loyalitätswidrigen) Vermögensverfügungen .....	75
b) Täuschung durch Unterlassen der gebotenen Aufklärung als (hypothetischer) Auffangtatbestand innerhalb von Treueverhältnissen? .....	75
(1) „Sperrwirkung“ von § 266 StGB für betrugsspezifische Garantenpflichten? .....	76
(2) (Hypothetische) Aufklärungspflichten von Führungskräften bei vermögensrelevanten Interessenkonflikten und beabsichtigten (Loyalitäts-)Pflichtverletzungen .....	77
(3) Keine Unzumutbarkeit der Aufklärung bei noch drohender Schädigung .....	80
3. Schädigung durch „irrtumsbedingte Vermögensverfügung“ – die eigentliche Hürde .....	80
a) Grundsätzliche Möglichkeit der Erfassung von „fremden“ Vermögensverfügungen („Geben-lassen“) .....	81

b) Erhebliche Probleme bei der Erfassung „eigener“ Vermögensverfügungen („eigenmächtiges Nehmen“) . . . . .	84
c) Möglichkeit der Erfassung „nachträglicher“ Täuschungen (Verdeckung oder Verschleierung) – „Sicherung“ bereits erfolgter Vermögensverschiebungen . . . . .	85
d) Zwischenergebnis: (Eingeschränkte) Möglichkeiten einer mittelbaren Erfassung praktisch sämtlichen loyalitäts- pflichtwidrigen Fehlverhaltens durch §§ 263, 13, (22, 23) StGB . . .	86
4. Betrug meist mitbestrafte Nachtat – Spezialität des § 266 StGB bei Täuschungen zur „Sicherung“ bereits erfolgter Vermögensverschiebungen . . . . .	87
5. Praktische Relevanz des Betrugs nur in Fällen täuschungsbedingter Veranlassung unternehmensinterner Dritter zu loyalitätswidrigen Verfügungen . . . . .	88
IV. Zwischenergebnis: Pflichtwidrige Zueignung (bzw. Schädigung) nichtkörperlicher Vermögenswerte als „blinder Fleck“ der allgemeinen Straftaten gegen Vermögenswerte . . . . .	90
C. Erfassung pflichtwidrigen Verhaltens durch Sonderdelikte zum Schutz vor abstrakter Vermögensgefährdung . . . . .	92
I. Pflichtwidrige Vorteilsannahmen beim Bezug von Waren oder Dienstleistungen – Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr (§ 299 Abs. 1 Nr. 2 StGB) . . . . .	93
1. Führungskräfte als „Angestellte oder Beauftragte“ in Abgrenzung zum Unternehmensinhaber (Täterqualität) . . . . .	95
2. Fordern, Sichversprechenlassen oder Annehmen eines Vorteils (Tathandlungsalternativen) . . . . .	96
3. Vorteil „als Gegenleistung“ für pflichtwidriges Fehlverhalten beim Bezug von Waren oder Dienstleistungen (Unrechtsvereinbarung) . . . .	98
4. Handeln im Bewusstsein der Unrechtsvereinbarung bzw. in der Absicht ihres Abschlusses (Vorsatz) . . . . .	100
II. Pflichtwidrige Mitteilung, Verschaffung und Verwertung von besonders geschützten Unternehmensinformationen – Strafbare Geheimnisverletzungen . . . . .	101
1. Allgemeiner Schutz von „Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen“ (§ 17–19 UWG) . . . . .	102
2. Besonderer Schutz von „Geheimnissen der Gesellschaft“ vor Offenbarung durch Organvertreter . . . . .	103
3. Weitgehende Angleichung des Geheimnisschutzes an denjenigen von Sachen . . . . .	105
III. Exkurs: Pflichtwidriges Verhalten mit (externalisierten) Folgen für das Vermögen von Shareholdern und Stakeholdern . . . . .	105
1. Pflichtwidrige Verschleierung von Vermögensverhältnissen – Bilanzdelikte (§ 331 HGB, § 17 PublG, u. a.) . . . . .	106

2. Pflichtwidrige Vermögensverschleierung oder -beschädigung in Zeiten der Unternehmenskrise – Insolvenzstraftaten (§§ 283 ff. StGB)	109
3. Pflichtwidrige Verwertung von Unternehmensinformationen auf dem Kapitalmarkt – Insiderhandel (§ 38 Abs. 3 WpHG)	114
IV. Zwischenergebnis: Einsatz von Sondertatbeständen zum (partiellen) Schutz der Loyalitätsbeziehung selbst sowie der Interessen unternehmensfremder Dritter	116
<i>D. Erfassung pflichtwidrigen Verhaltens durch den Untreuetatbestand (§ 266 StGB) – Verletzung einer „Vermögensbetreuungspflicht“</i>	117
I. Die „Verlagerung“ der pflichtwidrigen Zueignung (bzw. Schädigung) nichtkörperlicher Vermögenswerte in untreuartige Sondertatbestände und das Sonderdelikt der Untreue	119
1. Historische Wurzeln des Strafrechtsschutzes verwalteter Vermögenswerte gegen Aneignungen (und anderweitige Schädigungen) durch ihre Verwalter	120
2. Die wesentlichen Weichenstellungen zur Zeit der ersten „modernen“ Sondertatbestände zu untreuartigem Verhalten bis zum Jahre 1933	123
a) Tathandlung – Was heißt „zum Nachteil ... handeln“?	124
b) Taterfolg – Wann liegt ein „Nachteil“ vor?	127
c) Tatvorsatz – Wann ist ein Handeln zum Nachteil „absichtlich“?	129
d) Konsolidierung der jeweils weitergehenden/unbestimmteren Definition im bis heute gültigen Sondertatbestand der „Untreue“ (§ 266 StGB)	131
3. Zwischenergebnis: Trennung von der Unterschlagung als Grundlage des aktuellen Untreueverständnisses (allgemeines Vermögensschädigungsdelikt)	132
II. Führungskräfte als Inhaber einer Vermögensbetreuungspflicht (Täterqualität)	133
1. Normative Einschränkung: Keine Täterqualität bei (offener) Gestaltung und Abwicklung des eigenen Geschäftsbesorgungsverhältnisses	133
2. Normative Ausdehnung: Täterqualität innerhalb von Konzernen (Geflecht juristischer Personen)	136
III. Pflichtwidriges Fehlverhalten gegenüber dem Unternehmen (Tathandlung)	137
1. „Missbrauch“ einer Verpflichtungs- oder Verfügungsbefugnis (1. Alt)	138
2. „Treuwidriges“ rechtsgeschäftliches oder tatsächliches Verhalten mit Vermögensbezug (2. Alt)	140
3. Allgemeiner Grundsatz der „Zivilrechtsakzessorität“ der Tathandlung, anerkannte Einschränkungen und weiterhin ungelöste Bestimmtheitsproblematik	141

a) Feststellung der Tathandlung anhand der jeweils geltenden zivilrechtlichen Regelungen und hierzu entwickelter Fallgruppen der Rechtsprechung .....	142
b) Einschränkungen der Zivilrechtsakzessorietät bei pflichtwidrigem Fehlverhalten ohne (hinreichenden) Vermögensbezug .....	144
(1) Bloßer Verstoß gegen „schlichte Schuldnerpflichten“ .....	144
(2) Bloßer Verstoß gegen sonstige „geschäftsbesorgungsfremde“ Normen .....	146
(3) Erfordernis einer „gravierenden Pflichtverletzung“? .....	147
c) Rechtswidrige Verursachung des Taterfolgs als eigentliche Tathandlung – Zivilrechtsakzessorietät als bloße „Scheinlösung“ des Bestimmtheitsproblems .....	150
(1) Verfassungsrechtliches Verschleifungs- und Entgrenzungsverbot: Die (Un-)Zulässigkeit des Rückschlusses vom Taterfolg auf die Tathandlung .....	151
(2) Egal ob „Zivilrechtsakzessorietät“ oder „zivilrechtliche Gestattung“ – Rechtswidrige Schadensverursachung als „hinreichende“ Bedingung in der Praxis .....	153
(3) Exkurs: Umfassend-zivilrechtsakzessorisches Verständnis der Tathandlung als eigentlicher Auslöser des Bestimmtheitsproblems – Berücksichtigung des (objektivierten) Handlungszwecks als taugliche, aber nicht immer gewählte Lösung .....	156
4. Erfassung der konkret zu vergleichenden Kategorien und Fallgruppen als tatbestandliche „Pflichtverletzung“ iSd § 266 StGB ..	158
a) Verstoß gegen das Verbot der Eigen- oder Fremdbereicherung auf Kosten des Unternehmens (Loyalitätspflichtverletzung) .....	160
(1) Loyalitätspflichtverletzungen als objektiver Anknüpfungspunkt in Evidenzfällen (Geheimnisverletzungen, Kickbacks, etc.) .....	160
(2) Keine objektive Bezugnahme auf Loyalitätspflichtverletzungen in Grenzfällen .....	162
(3) Zwischenergebnis: Loyalitätspflichtverletzung als bloßer Spezialfall der vom Untreuetatbestand erfassten (Sorgfalts-) Pflichtverletzungen .....	163
b) Verstoß gegen interne Kompetenznormen (nach innen gerichtete Regelverstöße) .....	163
(1) Unternehmensinterne Kompetenzverteilung als objektiver Anknüpfungspunkt der Tathandlung .....	164
(2) Schwarze Kassen zu Bestechungszwecken als interne Kompetenzüberschreitung? .....	166
(3) Existenzgefährdende bzw. -vernichtende Risikogeschäfte als interne Kompetenzüberschreitung? .....	171

(4) Zwischenergebnis: Überschreitung von gesellschafts- und zivilrechtlichen Kompetenznormen als typischer Fall der Pflichtverletzung iSd § 266 StGB .....	173
c) Sonderfall „nützliche“ Pflichtverletzungen: Verstoß gegen „drittschützende“ Verbotsnormen (nach außen gerichtete Gesetzesverstöße) .....	173
(1) Strafrechtliche Internalisierung „drittschützender“ Verbotsnormen als Konsequenz der Kumulation von Zivilrechtsakzessorietät und normativem Vermögensverständnis .....	175
(2) Fallbeispiel Betriebsratsaufwendungen im (vermeintlichen) Unternehmensinteresse: Internalisierung von Verbotsnormen zum Schutz der Arbeitnehmermitbestimmung .....	178
(3) Fallbeispiel der Bestechungsvorbereitung im (vermeintlichen) Unternehmensinteresse: Internalisierung von Verbotsnormen zum Schutz von Minderheitsgesellschaftern, Wettbewerb und Wettbewerbern .....	180
(4) Fallbeispiel Bezahlung von Straftaten im (vermeintlichen) Unternehmensinteresse: Internalisierung von Normen des StGB mit anderem Schutzzweck .....	183
(5) Zwischenergebnis: Verletzung drittschützender Verbotsnormen als strafrechtlich relevante Kompetenzverletzung – das Unternehmen und seine Inhaber als „Opfer“ nützlicher Pflichtverletzungen? .....	185
d) Sonderfall „Fehlen“ von Kompetenznormen: Verstoß gegen ein allgemeines Schädigungsverbot (Sorgfaltspflicht i. e. S. und Überwachungspflicht) .....	186
(1) Verbleibende „Schädigungs“-Fälle – Sorgfaltspflichtverletzungen ohne „echten“ Loyalitäts- oder Rechtsnormverstoß, aber mit entsprechendem „Potential“ ....	188
(2) Fallbeispiel Anerkennungsprämien: Verobjektivierung des Unternehmensinteresses zum (präventiven) Schutz vor auch nur „potentiellen“ Loyalitätspflichtverletzungen .....	191
(3) Zwischenergebnis: Sorgfaltswidriges Verhalten mit „abstrakter Gefahr“ eines Loyalitätspflichtverstoßes als „Auffangpflichtverletzung“ iSd § 266 StGB .....	194
5. Zusammenfassende Übersicht .....	196
IV. Einverständnis der Gesellschafter oder ihrer Vertreter (Tatbestandsausschluss) .....	198
1. Zivilrechtsakzessorische Einwilligungsschranken zu Gunsten von Shareholdern – Beachtung der Mitentscheidungs- bzw. Informations- und Kontrollrechte von Minderheitsgesellschaftern .....	200
2. Zivilrechtsakzessorische Einwilligungsschranken zu Gunsten von Stakeholdern .....	202

a) Indisponibilität der gesellschaftsrechtlichen Vorschriften zum Gläubigerschutz .....	205
b) Indisponibilität der „allgemeinen“ Sorgfalts- und Legalitätspflicht – Unmöglichkeit des Einverständnisses in gesellschaftsrechtswidrigen Vermögenseinsatz? .....	207
3. Exkurs: Zivilrechtsakzessorische Erweiterung bei § 266 StGB – hypothetisches Einverständnis? .....	209
V. Schädigung des Unternehmensvermögens (Taterfolg) .....	211
1. Rein wirtschaftliche Schadensfeststellung .....	212
a) „Abgeschlossene“ Vermögensverschiebungen und -vernichtungen .....	213
(1) Schadensfeststellung bei Zerstörungen oder einseitigen Zuwendungen ohne (messbare) Kompensation – unmittelbare „Unterschlagung“ oder „Beschädigung“ .....	214
(2) Schadensfeststellung bei „reinen“ Austauschgeschäften – mittelbare „Unterschlagung“ .....	216
(3) Sonderfall: Austauschgeschäfte unter Annahme von Zuwendungen Dritter – mittelbare Unterschlagung „über Eck“ .....	217
b) „Drohende“ sowie noch „nicht abgeschlossene“ Vermögensverschiebungen und -vernichtungen .....	218
(1) Schadensfeststellung bei Nichtausgleichs-Gefährdungen – „erlaubte“ Risikogeschäfte .....	220
(2) Schadensfeststellung bei Verlustgefährdungen – Auslösen von Schadensersatzansprüchen und Sanktionen sowie unordentliche Buchführung .....	222
c) Sonderfall: Kompensationsfähigkeit und -bereitschaft der Führungskraft .....	225
2. Normative Korrekturen in der Schadensfeststellung – Nichtberücksichtigung von wirtschaftlich (möglicherweise) erheblichen Kompensationen .....	226
a) Einsatz von Unternehmensvermögen für (gesellschafts)rechtlich missbilligte Zwecke .....	228
(1) Schadensfeststellung bei Bestechungsgeldern und Vorteilsgewährungen – Zahlungen zur „Klimapflege“ .....	228
(2) Schadensfeststellung bei Aufwendungen zur Begehung von Straftaten und sonst deliktischem, sittenwidrigen Verhalten – Zahlung von Schwarzarbeit als Untreue? .....	230
b) Verbergung/Ausgliederung von Vermögensteilen zum Zweck des späteren Einsatzes für (gesellschafts)rechtlich missbilligte Zwecke – „Schwarze Kassen“ .....	232
c) Irrelevanz von Kompensationsfähigkeit und -bereitschaft bei normativen Korrekturen .....	236
VI. Pflichtwidrigkeits- und Schädigungsvorsatz (Subjektiver Tatbestand) ..	237

1. Primäre Verfolgung von eigen- oder fremdnützigen Zielen (Fälle vorsätzlicher Loyalitätspflichtverletzungen) – Folgen irrtümlich angenommener Berechtigung . . . . .	238
2. Grenzfälle der Verfolgung von auch-fremdnützigen Zielen (Fälle vorsätzlicher Sorgfaltspflichtverletzung im Loyalitätskonflikt)? . . . . .	241
a) Grundsatz: Tatvorsatz bei Vorliegen von objektiven Tatumständen, die Schluss auf interessenwidrige Motivation erlauben . . . . .	242
b) Ausnahme: Kein Tatvorsatz trotz objektiver Tatumstände bei Vorstellung konkreter Schädigungsbefugnis oder ausreichender „Abschirmung der Loyalitätsgefahr“ . . . . .	244
3. Keine Verfolgung von Zielen außerhalb des Unternehmensinteresses – Schädigungsvorsatz trotz „altruistischer“ Zielsetzung? . . . . .	245
d) Grundsatz: Kein Schädigungsvorsatz bei gutem Glauben im Unternehmensinteresse zu handeln . . . . .	246
e) Ausnahme in Fällen normativer Tatbestandskorrekturen: Glaube an Handeln im Unternehmensinteresse steht Pflichtwidrigkeits- und/oder Schädigungsvorsatz nicht entgegen . . . . .	248
(1) Verstoß gegen Gläubigerschutznormen . . . . .	248
(2) „Schwarze Kassen“ . . . . .	249
(3) Vermögensweggabe für (gesellschafts)rechtlich missbilligte Zwecke . . . . .	250
(4) Akute „Beweisnot“ als wahrscheinliche Ursache – Verschleifung von Pflichtwidrigkeits- und Schädigungsvorsatz als zulässige Lösung? . . . . .	251
VII. Zwischenergebnis: Untreue als über den bloßen Schutz des Unternehmensvermögens hinausgehende Kernnorm des deutschen Strafrechts zum Schutz der gesamten Wirtschafts- und Vermögensordnung vor vorsätzlich-pflichtwidrigem Fehlverhalten in Unternehmen . . . . .	252
Teil 3: Die Strafbarkeit von Führungskräften für pflichtwidriges Fehlverhalten im US-amerikanischen Vermögensstrafrecht . . . . .	255
A. Das US-amerikanische Vermögensverständnis – Reichweite und Grenzen des Schutzes von Wirtschaftsunternehmen vor Schädigungen an „property“ . . . . .	256
I. „Gegenstandsähnliches“ Vermögensverständnis . . . . .	257
II. Spezifische Ausdehnung des Vermögensbegriffs im US-Bundesstrafrecht . . . . .	259
1. Schutz vertraulicher (Unternehmens-)Informationen . . . . .	260
2. Intangible Rights / Right to Honest Services – Schutz sonstiger Rechte ohne konkreten Vermögenswert . . . . .	262

3. Righ to control spending and/or risk of loss – Schutz der Dispositionsfreiheit selbst als vermögenswertes Recht? . . . . .	267
III. Zwischenergebnis: Kontinuierliche Ausdehnung des Vermögensbegriffs bei striktem Festhalten an gegenstandsähnlichem Vermögensverständnis	270
B. Erfassung pflichtwidrigen Verhaltens durch allgemeine Straftaten gegen Vermögenswerte („offenses against property“) . . . . .	271
I. Die allgemeinen Straftaten gegen Vermögenswerte des US-Strafrechts . . . . .	272
a) „Larceny“ – gewahrsambrechenden Wegnahme als Ur-Tatbestand	272
b) „Embezzlement“ / „fraudulent conversion“ – die rechtswidrige Zueignung . . . . .	273
c) „False pretenses“ – (Selbstschädigung aufgrund) Vorspiegelung falscher Tatsachen . . . . .	274
d) „Malicious mischief“ – Sachbeschädigung . . . . .	275
II. Pflichtwidrige Vermögensverschiebungen – „Theft“ . . . . .	275
1. § 223 MPC („Theft“) als Modelltatbestand zur Erfassung sämtlicher rechtswidriger Vermögensverschiebungen im US-Strafrecht . . . . .	276
a) MPC § 223.0(7): „property of another“ . . . . .	278
b) MPC §§ 223.2, 223.7(2), 223.8: „Theft by unlawful disposition“ . . . . .	280
c) MPC §§ 223.3, 223.7(1): „Theft by deception“ . . . . .	282
2. Die Straftatbestände zum „Theft“ in den Kodifikationen der Bundesstaaten . . . . .	284
3. Die Straftatbestände zum „Theft“ im US-Bundesstrafrecht . . . . .	285
a) Theft zu Lasten eines Unternehmens im Bereich von Bundeskompetenzen . . . . .	287
b) Theft von Vermögenswerten in Bundeszuständigkeit . . . . .	288
c) Zwischenstaatlicher oder internationaler Transport von durch Theft erlangten, verkörperten Vermögenswerten eines Unternehmens . . . . .	289
d) Eigenständige Definitionen von „embezzlement“ bzw. „fraudulent conversion“ und „taken by fraud“ im US-Bundesrecht . . . . .	290
4. Als „Theft“ / „Larceny“ erfasstes Fehlverhalten von Führungskräften zu Lasten des eigenen Unternehmens (und der Unternehmensinhaber) . . . . .	291
a) Entzug von Vermögenswerten des Unternehmens (deprivation of property) . . . . .	292
(1) Durch Aneignung in betrügerischer Weise (fraudulent conversion/embezzlement) . . . . .	292
(2) Durch Täuschung (obtaining by false pretenses or promises) . . . . .	296
b) Ohne Berechtigung (unlawful, wrongfully) . . . . .	297
(1) Unterschiedliche Auffassungen zur Dispositionsbefugnis von Unternehmensinhaber und ihren Einschränkungen im Recht der Bundesstaaten . . . . .	298

(2) Tatbestandsausschließendes Einverständnis von Unternehmensinhabern im US-Bundesstrafrecht – kein mittelbarer Gläubigerschutz durch „Theft“ . . . . .	302
(3) Kein tatbestandsausschließendes Einverständnis bei (versuchter) Täuschung anderer Direktoren und/oder der Unternehmensinhaber/Aktionäre . . . . .	304
c) Mit Wegnahmevorsatz bzw. Vorsatz der Eigen- oder Drittbereicherung (intent to deceive of property / intent to defraud)	307
5. Bedeutung von „Theft“ für die Strafbarkeit von Führungskräften: Erfassung pflichtwidriger Vermögenstransfers mit Bereicherungsvorsatz . . . . .	308
III. Exkurs: Pflichtwidrige Vermögensbeschädigung – „Criminal Mischief“	309
1. § 220.3 MPC: „Criminal Mischief“ als – theoretischer – Modelltatbestand Erfassung sämtlicher Vermögensschädigungen durch Täuschung . . . . .	309
2. Bedeutung von „criminal mischief“ für die Strafbarkeit von Führungskräften beschränkt auf pflichtwidrige Beschädigungen von Sachen . . . . .	311
IV. Zwischenergebnis: Größere Reichweite der allgemeinen Straftaten gegen Vermögenswerte mit einzelnen „Lücken“ . . . . .	311
C. Erfassung pflichtwidrigen Verhaltens durch Delikte zum Schutz vor abstrakter Vermögensgefährdung („fraudulent practices“) . . . . .	312
I. Bestechlichkeit und Bestechung im Geschäftsverkehr . . . . .	312
1. § 224.8 MPC als Modelltatbestand für „commercial bribery“ . . . . .	313
2. „Commercial bribery“ in den Kodifikationen der Bundesstaaten . . . . .	315
3. „Commercial bribery“ als US-Bundesstraftat . . . . .	316
4. Bedeutung des Tatbestands für die Strafbarkeit von Führungskräften . . . . .	318
II. Missbrauch/Fehlverwendung anvertrauten Vermögens . . . . .	319
1. § 224.13 MPC als Modelltatbestand für „misapplication of entrusted property“ . . . . .	320
2. „Misapplication“ in den Kodifikationen der Bundesstaaten . . . . .	322
3. „Misapplication“ als US-Bundesstraftat . . . . .	326
4. Bedeutung des Tatbestands für die Strafbarkeit von Führungskräften . . . . .	327
III. Exkurs: Pflichtwidriges Verhalten mit (externalisierten) Folgen für das Vermögen von (potentiellen) Shareholdern und Gläubigern . . . . .	328
1. Pflichtwidrige Vermögensbeschädigung oder Verschleierung in der Unternehmenskrise – Insolvenzstraftaten des Bundesstrafrechts (18 U. S. C. §§ 152, 157) . . . . .	328
2. Pflichtwidrige Nutzung und/oder Verschleierung von kapitalmarktrelevanten Informationen – Kapitalmarktstraftaten nach dem Securities Exchange Act 1933 . . . . .	331
a) „Aneignung“ von Insiderinformationen – Insider Trading (SEC Rule 10b–5) . . . . .	333

b) Fälschung und Vernichtung von Dokumenten – Buchführungsstraftaten i. w. S. . . . .	334
IV. Zwischenergebnis: Erfassung von Fällen mit besonderen Gefährdungslagen für das Vermögen des Unternehmens und seiner Inhaber . . . . .	335
D. Erfassung pflichtwidrigen Verhaltens durch die bundesrechtlichen Tatbestände zum „Mail Fraud“ und „Wire Fraud“ (18 U. S. C. §§ 1341 und 1343) . . . . .	336
I. Historische Wurzeln und kontinuierliche Ausdehnung des Mail/Wire Fraud . . . . .	339
1. Loslösung vom fraud-Begriff des common law . . . . .	340
2. Marginalisierung des ursprünglichen Zwecks zum bloßen Zuständigkeitserfordernis („jurisdictional hook“) . . . . .	342
3. Ausdehnung auf „intangible rights“ als Tatobjekt und Kodifizierung durch den Kongress als Honest Services Fraud (18 U. S. C. § 1346) . . . . .	344
4. Ausdehnung durch weites Verständnis von immateriellem Vermögen (intangible property) und eigenmächtige Aneignung (embezzlement) als mögliche Tathandlung . . . . .	347
5. Anwendung des Tatbestands seit der Kodifizierung des Honest Services Fraud 1988 und die Folgen der Finanzskandale um die Jahrtausendwende . . . . .	349
II. Existenz eines Betrugsplans („scheme or artifice to defraud“) . . . . .	351
1. Geplante Tathandlung: erhebliche Täuschung oder Unterlassung („material misrepresentation or omission“) . . . . .	352
2. Geplanter Taterfolg/Tatobjekt: „deprivation of money or property“ (Grundfall bzw. Betrug im engeren Sinne) . . . . .	354
a) Erfasstes Fehlverhalten von Führungskräften: Rechtswidrige Aneignung sowie schädigende Aufgabe/Weggabe von Vermögenswerten (einschließlich werthaltiger Informationen) . . . . .	356
(1) Fallbeispiel: Nichtoffenbarung von (unfairen) Eigengeschäften mit Unterschlagungscharakter . . . . .	358
(2) Fallbeispiel: private Nutzung von Unternehmensvermögen – Notwendige Einschränkungen bei rechtlich fehlenden Offenbarungspflichten? . . . . .	360
b) Grenzfall: Anlegen und Verwenden schwarzer Kassen zu Bestechungszwecken als betrügerische Vermögensaneignung („fraudulent misappropriation“)? . . . . .	361
3. Geplanter Taterfolg/Tatobjekt: „deprivation of right to honest services“ (Sonderfall des 18 U. S. C. § 1346) . . . . .	365
a) Das Recht auf Erbringung ehrlicher Dienste im Unternehmenskontext . . . . .	366
(1) Täterstellung eines Beteiligten: „duty to provide honest services“ (Treuepflicht) – Unklarheit über taugliche Rechtsquellen . . . . .	369
(2) Täuschungsobjekt: „intentional breach of fiduciary duty“ . . . . .	371

(3) Täuschungserfolg: Verschaffung eines privaten Vorteils, Entzug einer erheblichen Information oder Schaffung eines identifizierbaren ökonomischen Risikos? .....	374
b) Erfasstes Fehlverhalten von Führungskräften bis zum Jahre 2010 .	377
(1) Fallbeispiele: Annahme von „bribes and kickbacks“ mit möglicher Schädigungsfolge .....	379
(2) Fallbeispiele: Vornahme von Eigengeschäften („self-dealing“) mit möglicher Schädigungsfolge .....	381
(3) Fallbeispiele: Vorsätzliche Verletzung verbindlicher Verhaltensvorgaben mit möglicher Schädigungsfolge .....	383
(4) Einschränkungen bei Verletzungen von verbindlichen Verhaltensvorgaben im (vermeintlichen) Interesse des Unternehmens? .....	387
c) Aktuell erfasstes Fehlverhalten von Führungskräften: Verschweigen oder Verschleiern der (beabsichtigten) Annahme von „bribes or kickbacks“ .....	392
4. Geplanter Taterfolg/Tatobjekt: „deprivation of right to control spending or risk of loss“ (diskutierte Grunfallerweiterung bzw. Betrug im weiteren Sinne) .....	394
a) Das vermögenswerte Recht auf Kontrolle von Ausgaben und Risiken im Unternehmenskontext .....	394
b) Aktuell als Mail/Wire Fraud erfassbares Fehlverhalten von Führungskräften: Betrügerische Eigengeschäfte mit Gefahren für das Unternehmensvermögen .....	399
c) Grenzfall: Verletzung verbindlicher Verhaltensvorgaben als wesentliche Beeinträchtigungen des Rechts auf Ausgaben- und Risikokontrolle? .....	401
III. Betrugsabsicht („intent to defraud“) und ein Handeln in gutem Glauben („defense of good faith“) .....	404
1. Defense of „good faith“ – Fehlen jeder Bereicherungs- oder Schädigungsabsicht .....	406
2. Auswirkungen von Kenntnis und Nichteingreifen des Treugebers oder seines Vertreters bei vorsätzlich-pflichtwidrigem Verhalten ....	409
IV. Einsatz von Post- oder Telekommunikation zur Planförderung .....	411
V. Zwischenergebnis: Mail/Wire Fraud als Hybridtatbestand und „Catchall Offense“ – insbesondere auch für Loyalitätspflichtverletzungen von Führungskräften gegenüber dem eigenen Unternehmen .....	413
 Teil 4: Vergleich der Lösungsansätze beider Rechtsordnungen .....	 417
A. Pflichtwidriges Fehlverhalten von Führungskräften – Die strafrechtlich jeweils erfassten Fallgruppen .....	419
I. Fehlverhalten der Verfolgung von eigenen oder fremden Sonderinteressen – Loyalitätspflichtverletzungen .....	419

1. Pflichtverstoß durch objektiv selbst- oder fremdbegünstigendes – im Vergleich zu Situationen ohne Sonderinteresse zum Nachteil des Unternehmens abweichendes – Verhalten	420
a) Verfolgung von Eigeninteressen (auch bei gleichzeitiger Inhaberschaft von oder Tätigkeit für andere Unternehmen, auch Rache/Vergeltung)	421
b) Reichweite bei Verfolgung von Drittinteressen – Familie, Freunde, Kollegen, Geschäftspartner und sonstige „Nähepersonen“	422
2. Fallgruppe der Selbst- oder Drittaneignung von Vermögenswerten (Unternehmensressourcen und/oder Geschäftschancen)	425
3. Fallgruppe der Eigengeschäfte für sich selbst oder nahestehende Dritte mit dem Unternehmen (self dealing)	426
4. Fallgruppe der Geschäftshandlungen unter Annahme von Zuwendungen Dritter (bribes, kickbacks)	428
5. Sonstiges auf der Verfolgung von (missbilligten) Sonderinteressen beruhendes Fehlverhalten (auch Schädigung aus Rache, etc.)	430
II. (Sorgfalts-)Pflichtverletzungen ohne Verfolgung von Sonderinteressen	431
1. Verstoß gegen nach innen gerichtete Verhaltensvorgaben	433
a) Verstoß gegen Verhaltensvorgaben des Unternehmens selbst (insbesondere Zuständigkeitsvorschriften und Compliancevorgaben)	434
b) Verstoß gegen gesetzliche Verhaltensvorgaben zum Schutz des Unternehmens und seiner Inhaber (insbesondere Buchführungspflichten und Verbot schwarzer Kassen)	435
2. Verstoß gegen nach außen gerichtete Verhaltensvorgaben	437
3. Verstoß gegen allgemeines Nachteilszufügungsverbot und Vermögensmehrungspflicht (Erkennbarkeit von fehlerhaften Entscheidungsgrundlagen oder nachteiligen/weniger vorteilhaften Folgen)	439
III. Objektive Einschränkungen grundsätzlicher Tatbestandlichkeit – „Business Judgment Rule“ und/oder das Erfordernis einer „gravierenden“ (Sorgfalts-)Pflichtverletzung als echter Safe Harbor?	440
IV. Zwischenergebnis: Pflichtwidrigkeitsbegründung im US-Recht „interessenorientiert“, im deutschen Recht „schadensorientiert“	442
<i>B. Pflichtwidrigkeitshindernde Umstände – Auswirkungen von Vorab-Kenntnis/Zustimmung des Unternehmensinhabers bzw. dessen (organschaftlichen) Vertreters</i>	443
I. Tatsächliche Zustimmung bzw. Vorabkenntnis – ausdrückliches oder konkludentes Einverständnis bzw. Nichteingreifen trotz vollständiger Information	443
II. Strafbarkeitsausschluss trotz Unkenntnis bzw. fehlender Zustimmung – mutmaßliche oder hypothetische Einwilligung	444

III. Fälle strafrechtlicher Irrelevanz von Kenntnis oder Zustimmung zum pflichtwidrigen Verhalten (kein Drittschutz im US-Bundesstrafrecht) . . .	445
IV. Zwischenergebnis: Pflichtwidrigkeitshindernde Umstände durch das jeweilige Schutzgut (Dispositionsfreiheit oder obj. Vermögenserhalt) geprägt – Straftatausschluss im US-Bundesrecht weitreichender als in Deutschland . . . . .	446
<i>C. Pflichtwidrigkeitsfolgen – „objektive“ Grenzen des strafrechtlichen Schutzes von Wirtschaftsunternehmen vor Pflichtverletzungen ihrer Führungskräfte . . . . .</i>	<i>447</i>
I. Messbare Beeinträchtigung des Unternehmensvermögens . . . . .	449
1. „Unmittelbare“ Beeinträchtigung – Verschiebung bzw. Austausch von Vermögenswerten ohne vollständige Kompensation . . . . .	449
a) Bei „wirtschaftlich minderwertigen“ Kompensationen – kickback-Aufschläge, Risikogeschäfte . . . . .	450
b) Bei „normativ minderwertigen“ und/oder „normativ nicht unmittelbaren“ Kompensationen – rechtlich missbilligte Geschäfte, schwarze Kassen . . . . .	452
c) Ausnahmen bei Fehlen einer „unmittelbaren“ Kompensation – Fälle der Kompensationsfähigkeit und -bereitschaft . . . . .	454
2. „Mittelbare“ Beeinträchtigung – Drohender Verlust sowie Nichtgewinn von Vermögenswerten (Gefährdungsschäden) . . . . .	455
II. Nicht in Geld messbare Beeinträchtigung (bzw. bloß abstrakte Gefährdung) des Unternehmensvermögens . . . . .	457
1. Beeinträchtigungen des Vertrauens im Innenverhältnis (Korruption) . . . . .	458
2. Finanziell nicht messbare Beeinträchtigungen der immateriellen Unternehmensgrundlagen (Geheimnisverrat) . . . . .	458
3. Finanziell nicht messbare Beeinträchtigungen der Außenwahrnehmung des Unternehmens (Unternehmensruf, Kreditwürdigkeit) . . . . .	459
III. Zwischenergebnis: Deutsches Vermögensstrafrecht fordert(e) in Geld messbaren Verlust des Unternehmens, amerikanisches Vermögensstrafrecht bloße Gefährdung (allerdings aus „illoyalem“ Verhalten) . . . . .	460
<i>D. Pflichtwidrigkeits- und Pflichtwidrigkeitsfolgenvorsatz – „subjektive“ Grenzen des strafrechtlichen Schutzes von Wirtschaftsunternehmen vor Pflichtverletzungen ihrer Führungskräfte . . . . .</i>	<i>460</i>
I. Vorsatz in Fällen von interessenwidrigem Fehlverhalten – Unterschiede im Verständnis von Selbst- und Drittbereicherungs- sowie Schädigungsabsicht . . . . .	462
II. Vorsatz in allen weiteren Fällen pflichtwidrigen Fehlverhaltens . . . . .	464
III. Zwischenergebnis: Zumeist deutlich strengere Vorsatzanforderungen im US-Recht mit (primärem) Fokus auf Loyalitätspflichtverletzung . . . . .	465

Teil 5: Rechtspolitische Schlussfolgerungen und Schlussbetrachtungen .....	467
<i>A. Strafrecht als „ultima ratio“ – Abstufungen im Erfordernis der Bestrafung pflichtwidrigen Fehlverhaltens zum Schutz von Wirtschaftsunternehmen</i> ..	468
I. Ökonomische (einschl. negativ-präventiver) Überlegungen zum Einsatz des Vermögensstrafrechts zum Schutz von Wirtschaftsunternehmen ...	470
1. Kaum ökonomisches Schutz- und Strafbedürfnis bei Missmanagement und sonstigen („nützlichen“) Pflichtverletzungen ..	472
2. Hohes ökonomisches Straf- und Schutzbedürfnis bei illoyalen Zueignungen und Vertrauensmissbrauch zum eigenen Vorteil (Loyalitätspflichtverletzungen) .....	475
II. Rechtsethische und rechtspolitische Überlegungen zum Einsatz des (Vermögens-)Strafrechts zum Schutz von Wirtschaftsunternehmen ....	477
1. Generalpräventive Erwägungen (Klassenstrafrecht und Stärkung der Institution des „fremdverwalteten Unternehmens“) .....	477
a) Hohes generalpräventives Straf- und Schutzbedürfnis bei illoyalen Zueignungen und Vertrauensmissbrauch zum eigenen Vorteil (Loyalitätspflichtverletzungen) .....	479
b) Differenziertes generalpräventives Schutz- und Strafbedürfnis bei Missmanagement und sonstigen („nützlichen“) Pflichtverletzungen	480
2. Viktimodogmatische Erwägungen – (Fehlende) Schutzbedürftigkeit des Unternehmens bzw. seiner Inhaber? .....	484
a) Regelmäßig kaum Möglichkeiten des Selbstschutzes bei Loyalitätspflichtverletzungen .....	485
b) Gute Möglichkeiten des Selbstschutzes vor (bewussten) Sorgfaltspflichtverletzungen, aber meist bewusste Entscheidung gegen (zu viel) Selbstschutz .....	486
c) Fehlendes Schutzbedürfnis bei „nützlichen“ Pflichtverletzungen – Das Unternehmen als Opfer oder (Mit-)Täter verbotener Externalisierungen? .....	489
3. Auswirkungen von falschen Negativen und falschen Positiven – Fehler erster und zweiter Art im Strafverfahren .....	495
III. Zwischenergebnis: Hohe Straf- und Schutzbedürftigkeit nur bei loyalitätswidrigen Zueignungen, differenziert bei Missmanagement und „nützlichen“ Pflichtverletzungen .....	497
<i>B. Die (sozio-kulturelle) Funktion der Vermögensdelikte bei der Erfassung pflichtwidrigen Fehlverhaltens von Führungskräften</i> .....	499
I. Das US-amerikanische Modell – Einsatz des Vermögenstrafrechts zum Schutz der „Dispositionsfreiheit“ der Unternehmensinhaber .....	502
1. „Dispositionsfreiheit“ als fundamentale Regel und Grundlage freier Marktwirtschaft sowie primäres Schutzgut der US-Vermögensdelikte	503

2. Wirtschaftsunternehmen als willentlicher Zusammenschluss von Marktakteuren im Rahmen ihrer Dispositionsfreiheit – kaum „zwingendes“ Binnenrecht . . . . .	505
3. Konsequenz: Kaum vermögensstrafrechtlicher Schutz vor Externalisierungen – stattdessen ordnungspolitisches Strafrecht als Außenrecht und Verstärkung durch „echtes“ Unternehmensstrafrecht	506
II. Das deutsche Modell – Einsatz des Vermögensstrafrechts zum Schutz der „gerechten Güterverteilung“ . . . . .	507
1. Die „gerechte Güterverteilung“ als Grundlage und Ziel sozialer Marktwirtschaft sowie primäres Schutzgut der deutschen Vermögensdelikte . . . . .	508
2. Wirtschaftsunternehmen als „Institutionen“ zum Zweck des Erhalts und der Förderung einer gerechten Güterverteilung – Existenz von „zwingendem“ Binnenrecht mit ordnungspolitischen Zwecken (Moralisierung von innen) . . . . .	510
3. Konsequenz: Vermögensstrafrecht dient Sanktionierung von Verstößen gegen binnenrechtliches Ordnungsrecht – mangels Erforderlichkeit nur unterentwickeltes Unternehmensstrafrecht . . . . .	513
VI. Zwischenergebnis: Schutz des Unternehmensvermögens vor jeglicher binnenrechtswidriger Schädigung als (sozio-kulturell) „erforderlich“ empfundene „Aufgabe“ des deutschen Vermögensstrafrechts . . . . .	517
<i>C. Die tatbestandliche Reichweite der Vermögensdelikte bei der Erfassung pflichtwidrigen Fehlverhaltens – Überdehnung des Schutzzwecks der Vermögensdelikte? . . . . .</i>	<i>519</i>
I. Das Modell US-amerikanischer Gerichte: (Um-)Definition bestimmter Nichtvermögensgüter zu strafrechtlich geschützten „Vermögenswerten“	521
II. Das Modell deutscher Gerichte: Binnenrechtsakzessorische Bestimmung von Tathandlung und Einwilligungsschranken sowie normativ-akzessorisches Schadens- und Vorsatzverständnis . . . . .	523
III. Zwischenergebnis: Deutsche Einwilligungs- und Schadensdogmatik ermöglicht Erfassung pflichtwidrigen Verhaltens nach sozialen Gerechtigkeitserwägungen . . . . .	528
<i>D. Eigener Diskussionsbeitrag zur möglichen weiteren Rechtsentwicklung in Deutschland und Europa . . . . .</i>	<i>529</i>
I. Harmonisierungskompatibler Vorschlag: Reduktion des § 266 StGB auf die „Vermögensveruntreuung“ und Schaffung spezieller Gefährdungstatbestände für weitere, als besonders strafwürdig empfundene Fälle . . .	532
II. „Ehrlicher“ Vorschlag: Modifizierung des § 266 StGB durch neues Tatbestandsmerkmal der Bereicherungsabsicht (und ggf. alternative Tatbestandsmerkmale) . . . . .	535
III. Praktischer Vorschlag speziell zur Untreue in Wirtschaftsunternehmen: Restriktive Auslegung der Tatbestandsmerkmale des aktuellen § 266 StGB . . . . .	538

1. Beschränkung auf „objektivierte“ Loyalitätspflichtverletzungen als Tathandlung	539
a) Wortlaut des § 266 StGB	540
b) Historische Argumente – Herkunft und Geschichte der Untreue	543
c) Systematische und teleologische Argumente – Risikogeschäfte	546
d) Verfassungsrechtliche Argumente – Verschleifungsverbot contra „allgemeines Schädigungsverbot“	548
e) Eigener Definitionsvorschlag zur Tathandlung: Manifestation des Machtmissbrauchs- bzw. Treubruchswillens	549
2. Rein wirtschaftliches (ggf. von § 263 StGB abweichendes) Kompensationsverständnis beim Schadensmerkmal	551
3. Annahme von Tatvorsatz nur bei Handlungen im Bewusstsein der ungenehmigten bzw. „missbräuchlichen/treuwidrigen“ Verfolgung von Eigen- oder Drittinteressen	553
4. Mögliche Konsequenzen dieser Auslegungsvorschläge für die Praxis	553
Anhang	557
A. US-amerikanische Gesetzestexte	557
I. United States Constitution & Amendments	557
II. United States Code: Title 18 – „Crimes and Criminal Procedure“	557
III. „Criminal Code“/„Penal Law“ einzelner Bundesstaaten	559
B. (Verbindliche) Regelungen ohne Gesetzeskraft	560
I. Model Penal Code	560
II. United States Attorneys’ Manual (2016)	564
Literaturverzeichnis	567
A. Deutschsprachige Literatur	567
B. Englischsprachige Literatur	576
Sachverzeichnis	585

## Übersicht der besprochenen Fälle

### *Deutschland*

FALL 1 A/1 B – DEUTSCHLAND: „Warmabriss des Geschäftsführers“ (2003 bzw. 2005) . . . . .	54
FALL 2 – DEUTSCHLAND: „Fiktive Portokosten“ (2012) . . . . .	61
FALL 3 – DEUTSCHLAND: „Aneignung von Geschäftsunterlagen“ (1973) . . . . .	61
FALL 4 – DEUTSCHLAND: „Eigenmächtiger Verlustverkauf zur Provisionserlangung“ (2010) . . . . .	63
FALL 5 – DEUTSCHLAND: „Kickbacks aus Submissionsabsprachen – Kölner Müll I“ (2005) . . . . .	63
FALL 6 – DEUTSCHLAND: „Kickbacks aus Eigengeschäften“ (2001) . . . . .	64
FALL 7 – DEUTSCHLAND: „Vermögensabfluss im Konzernverbund – Bremer Vulkan“ (2004) . . . . .	69
FALL 8 A/8 B – DEUTSCHLAND: „Sitzungsgelder ohne (formelle) Sitzung – Nordzucker“ (2012) . . . . .	134
FALL 9 – DEUTSCHLAND: „(Lust-)Reisen auf Unternehmenskosten – Münsteraner Stadtbau“ (2012) . . . . .	161
FALL 10 – DEUTSCHLAND: „Verbotene Subventionierung des Klassenerhalts – Arminia Bielefeld“ (1975) . . . . .	166
FALL 11 – DEUTSCHLAND: „Beibehalten einer schwarzen Kasse – Siemens“ (2010) . . . . .	167
FALL 12 – DEUTSCHLAND: „Schwarze Kasse des Geschäftsführers – Kölner Müll II“ (2010) . . . . .	167
FALL 13 – DEUTSCHLAND: „Nützliche (Betriebsrats-)Aufwendungen – Volkswagen“ (2009) . . . . .	178
FALL 14 – DEUTSCHLAND: „Zahlungen für illegale Telekommunikations- überwachung – Telekom“ (2012) . . . . .	183
FALL 15 – DEUTSCHLAND: „Goldener Handschlag – Mannesmann“ (2005) . . . . .	191

### *USA*

FALL 1 – USA: „Aneignung vertraulicher Unternehmensinformationen“ – <i>Carpenter v. United States</i> , 484 U. S. 19 (1987) . . . . .	260
FALL 2 – USA: „Kostspielige Bilanzmanipulation zur Aktienkurssteigerung (Enron I)“ – <i>Skilling v. United States</i> , 561 U. S. 358 (2010) . . . . .	265
FALL 3 – USA: „Wertlose Wettbewerbsabreden“ – <i>Black v. United States</i> , 561 U. S. 465 (2010) . . . . .	358

FALL 4 – USA: „Privatflüge auf Unternehmenskosten“ – <i>U. S. v. Lake</i> , 472 F. 3d 1247 (10th Cir. 2007); <i>U. S. v. Wittig</i> , 575 F. 3d 1085 (10th Cir. 2009)	360
FALL 5 – USA: „Schwarze Kasse der Geschäftsführer“ – <i>U. S. v. Siegel</i> , 717 F. 2d 9 (2d Cir. 1983)	362
FALL 6 – USA: „Kickbacks aus Vergleichen des Unternehmens mit Dritten“ – <i>U. S. v. Rybicki</i> , 287 F. 3d 257 (2d Cir. 2002), 354 F. 3d 124 (2d Cir. 2003)	367
FALL 7 – USA: „Kickbacks aus Fixpreisen“ – <i>U. S. v. Lamoreaux</i> , 422 F. 3d 750 (8th Cir. 2005)	379
FALL 8 – USA: „Einsatz von Unternehmensvermögen zur Sicherung privater Darlehen“ – <i>United States v. Villanueva Madrid</i> , 302 F. Supp. 2d 187 (S. D. N. Y. 2003)	381
FALL 9 – USA: „Outsourcing von Geschäftschancen an sich selbst“ – <i>United States v. Vinyard</i> , 266 F. 3d 320 (4th Cir. 2001)	382
FALL 10 – USA: „Verbotene Parteispenden aus Unternehmensmitteln“ – <i>U. S. v. Sun-Diamond Growers of California</i> , 138 F. 3d 961 (D. C. Cir. 1998)	383
FALL 11 – USA: „Verbotene Subventionierung im (sportlichen) Wettbewerb“ – <i>U. S. v. Gray</i> , 96 F. 3d 769 (5th Cir. 1996)	385
FALL 12 – USA: „Bilanzmanipulation mit Zustimmung der Unternehmensführung (Enron II)“ – <i>U.S. v. Brown</i> , 459 F.3d 509 (5th Cir. 2006)	387

## Abkürzungsverzeichnis

A. 2d.	Atlantic Reporter, second (Entscheidungssammlung)
A. A.	andere Auffassung
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft / Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
amend.	amendment / Zusatzartikel
Art.	Artikel
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH.	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bspr.	Besprechung
BT-DrS.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
C. F. R. Code	of Federal Regulations
ca.	circa
Cal.	California
Cir.	Circuit / Bezirk
cl.	clause / Absatz
D. C.	District of Columbia
d. h.	das heißt
Del.	Delaware
<i>ders.</i>	derselbe
<i>dies.</i>	dieselbe
DOJ	Department of Justice
E. D.	Eastern District
ebd.	ebenda
eG	eingetragene Genossenschaft
et	seq. et sequens
etc.	et cetera

EuGH	Europäischer Gerichtshof
f.	folgende
F. Federal	(Entscheidungsammlung)
F. 2d	Federal, second (Entscheidungssammlung)
F. 3d	Federal, third (Entscheidungssammlung)
FBI	Federal Bureau of Investigation
Fed.	Appx. Federal Appendix (Entscheidungssammlung)
ff.	folgende
FN	Fußnote im zitierten Werk
Fn.	Fußnote im Text
FS	Festschrift
GenG	Genossenschaftsgesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	GmbH-Gesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
i. e. S.	im engeren Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
Ill.	Illinois
Inc.	Incorporated
insbes.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft / Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KWG	Kreditwesengesetz
LG	Landgericht
LLC	Limited Liability Company
m.	mit
m. a. W.	mit anderen Worten
MPC	Model Penal Code
mwN	mit weiteren Nachweisen
N. C.	North Carolina
N. C. G. S.	North Carolina General Statutes
N. D.	Northern District
n. F.	neue Fassung
N. J.	New Jersey
N. Y.	New York
Nr.	Nummer
oHG	ordentliche Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RICO	Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act
Rn.	Randnummer

S.	Seite
S. D.	Southern District
s. o.	siehe oben
S. W.	South Western Reporter (Entscheidungssammlung)
SCE	Societas Cooperativa Europaea
SCEAG	SCE-Ausführungsgesetz
SE	Societas Europaea
SEAG	SE-Ausführungsgesetz
SEC	Securities and Exchange Commission
sog.	sogenannt / so genannte
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StRG	Strafrechtsreformgesetz
Tex.	Texas
Tex.	App. Supreme Court of Texas
Tex.	Crim. App. Texas Court of Criminal Appeals
u. a.	unter anderem
U. S.	United States / Vereinigte Staaten / Entscheidungen des Supreme Court
U. S.	Const. United States Constitution
U. S. C.	United States Code
USA	United States of America / Vereinigte Staaten von Amerika
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom / versus
Va.	Virginia
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
vgl.	vergleiche
W. D.	Western District
WL	Westlaw
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
z. B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer



## Einführung

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit der Frage, unter welchen Voraussetzungen unternehmerische Führungskräfte für ein pflichtwidriges Fehlverhalten gegenüber dem von ihnen geführten Wirtschaftsunternehmen auch strafrechtliche Konsequenzen fürchten müssen (*de lege lata*) bzw. strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden sollten (*de lege ferenda*).

Ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und den USA bietet sich hierfür besonders an, weil die vorgenannte Fragestellung in beiden Ländern gerade in letzter Zeit – in tatsächlicher wie rechtlicher Hinsicht – stetiger Diskussionsgegenstand von Theoretikern und Praktikern gewesen ist.

Während in Deutschland u. a. die Fälle *Mannesmann* und *Siemens* für großes Aufsehen sorgten, waren dies in den USA insbesondere die Zusammenbrüche von *Enron*, *Worldcom* und *Lehman Brothers*. Auch die seit 2008 andauernde Finanz- und Bankenkrise hat in beiden Ländern wieder dem Ruf nach neuen, schärferen (Straf-)Gesetzen Auftrieb gegeben, mit denen pflichtwidriges Fehlverhalten von Führungskräften mit schädigendem Ausmaß in Milliardenhöhe in Zukunft effektiver verfolgt und bestraft werden soll.

Diese aktuellen Begleitumstände haben nicht nur dazu geführt, dass in beiden Ländern inzwischen unzählige Veröffentlichungen zu diesem Themenbereich verfügbar sind, sondern hatten ebenso zur Folge, dass sich auch die jeweiligen Höchstgerichte (United States Supreme Court und Bundesverfassungsgericht)<sup>1</sup> noch vor Kurzem mit der hier im Kern aufgeworfenen Frage zu beschäftigen hatten: Wo genau verläuft im Verhältnis Führungskraft/Wirtschaftsunternehmen die Grenze eines (insbesondere nach dem Bestimmtheitsgebot) zulässigen und zweckmäßigen Wirtschaftsstrafrechts – in den USA und auch zunehmend in Deutschland mit dem Begriff „*White Collar Crime*“ bezeichnet<sup>2</sup> – bzw. wo soll sie im Idealfall gezogen werden.

---

<sup>1</sup> In den USA: *Skilling v. United States*, 561 U. S. 358 (2010); in Deutschland: BVerfGE 126, 170 (Untreue-Entscheidung); eine unmittelbare Gegenüberstellung beider Entscheidungen im Hinblick auf die *allgemeine* Problematik des Bestimmtheitsgebots im Wirtschaftsstrafrecht findet sich mittlerweile auch bei *Dubber/Hörnle*, S. 86 ff.

<sup>2</sup> Der erstmals in den 1940er Jahren vom Kriminologen *Sutherland* geprägte (vgl. *SSW-Saliger*, § 266 Rn. 5; *Kasiske*, Rn. 3; *Momsen/Grützner-Dessecker*, 1. Kap. A Rn. 8) und heutzutage auch vom US-Justizministerium verwendete Begriff des „*White Collar Crime*“ bezieht sich im Wesentlichen auf solche Straftaten, die nach deutschem Verständnis zum Wirtschaftsstrafrecht gezählt werden: „White-Collar offenses shall constitute those classes of non-violent

Allerdings haben diese Diskussionen bislang isoliert voneinander stattgefunden und es fehlt insoweit noch an einer Verzahnung und Verknüpfung der bis dato in beiden Ländern gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse. Es ist daher das Anliegen der vorliegenden Arbeit, genau diese „Lücke“ nun erstmals zu füllen.

## A. Ziel der Untersuchung

Nach *Rönnau* kann das Erkenntnisziel einer Rechtsvergleichung im Bereich der Untreue bzw. des untreueartigen Verhaltens darin bestehen „herauszufinden, inwieweit Verhalten im Umgang mit fremdem Vermögen, das strafwürdig und -bedürftig erscheint, in einem Tatbestand erfasst werden kann, der rechtsstaatlichen Anforderungen genügt.“<sup>3</sup> Ein solcher Rechtsvergleich könne auch insbesondere „bei einer Reform des deutschen Rechts oder gar bei einer europaweiten Harmonisierung des Untreuetatbestands von Nutzen“ sein.<sup>4</sup>

Genau in diesem Sinne soll mit der vorliegenden Untersuchung der in der deutschen Rechtswissenschaft praktisch noch nie näher<sup>5</sup> beleuchteten Frage nachgegangen werden, was das deutsche Rechtssystem im Bereich der strafrechtlichen Sanktionierung pflichtwidrigen Fehlverhaltens von Führungskräften – die in Deutschland derzeit fast ausschließlich über den Straftatbestand der Untreue (§ 266 StGB) erfolgt<sup>6</sup> – möglicherweise von diesbezüglichen US-amerikanischen Lösungsansätzen lernen kann.<sup>7</sup> Den diesbezüglich großen Wert

---

illegal activities which principally involve traditional notions of deceit, deception, concealment, manipulation, breach of trust, subterfuge or illegal circumvention.“, vgl. *O'Sullivan*, *Federal White Collar Crime*, S. 5 dortige FN 12.

<sup>3</sup> *Rönnau*, *ZStW* 122 (2010), 302.

<sup>4</sup> *Rönnau*, a. a. O.

<sup>5</sup> Vgl. jedoch die ein- bis zweiseitigen, rechtsvergleichenden Darstellungen zur Rechtslage in den USA die Strafbarkeit untreueartigen Verhaltens betreffend bei *Freudenthal*, *Die Untreue* (1906), S. 127 f.; *Krause*, *Die Untreue* (1955), S. 368 f. und *LK-Schünemann*, § 266 Rn. 273; auf dessen Ausführungen Bezug nehmend auch *Cappel*, S. 208–210. Aus amerikanischer Sicht auf die deutsche Untreue vgl. jüngst auch *Henning*, 84 *Miss. L. J.* 43 (2014) sowie (mit spanischem Hintergrund) *Gómez-Jara*, 18 *New Crim. L. Rev.* 100, 128 (2015).

<sup>6</sup> Nach *Perron*, *FS-Frisch*, S. 859 kommt diesem Tatbestand in der deutschen Rechtspraxis die „Funktion einer Quasi-Generalklausel für wirtschaftliches Fehlverhalten“ zu. Auch *Schünemann*, betont die „herausragende kriminalpolitische Bedeutung des § 266 als konzeptionelles Zentraldelikt des modernen Wirtschaftsstrafrechts“ (in: *ZIS* 2012, 183) bzw. ganz allgemein „der entwickelten Industriegesellschaft“ (in: *FS-Frisch*, S. 837).

<sup>7</sup> *Schünemann* bescheinigt der deutschen Strafrechtswissenschaft in seinem Geleitwort zu *Dubber*, Einführung in das US-amerikanische Strafrecht (S. VII), treffend, dass sich gerade in ihrem Verhältnis zum US-amerikanischen Recht „eine Mischung aus Selbstgenügsamkeit und Herablassung gehalten [hat], in deren Perspektive die deutsche Dogmatik den Gipfel der strafrechtlichen Evolution darstellte“. Vor diesem Hintergrund erscheint es aber durchaus bemerkenswert, dass *Schünemann* an anderer Stelle gerade die deutsche Untreuenorm nicht nur als epochalen Tatbestand der „postmodern-spätindustriellen Gesellschaft“ – gleichsam als Gip-

einer näheren Betrachtung des angelsächsischen Rechtskreises erkennt im Rahmen seiner rechtsvergleichenden Untersuchungen zur Untreue schon *Krause* in den 1950-er Jahren,<sup>8</sup> wobei auch dieser gleichwohl auf eine eingehendere Betrachtung verzichtet.<sup>9</sup>

Nun gibt es bereits einige rechtsvergleichende Untersuchungen, die sich (u. a.) mit der *zivilrechtlichen* Haftung von Führungskräften in Fällen pflichtwidrigen Verhaltens in Deutschland und den USA befasst haben.<sup>10</sup> Jedoch haben sich alle eingehenderen Rechtsvergleiche zur *strafrechtlichen* Beurteilung von – hiermit korrespondierendem – untreueartigen Fehlverhalten bislang fast ausschließlich auf die kontinentaleuropäischen (oder mit diesen vergleichbare) Rechtsordnungen beschränkt.<sup>11</sup> Soweit ersichtlich ist *Schünemann* aktuell der einzige Vertreter in der deutschen (Kommentar-)Literatur, der im unmittelbaren Rechtsvergleich zum Untreuetatbestand auch (kurz) auf die entsprechende Rechtslage in den USA eingeht.<sup>12</sup>

---

fel der Evolution des Vermögensstrafrechts – beschreibt (FS-Frisch, S. 837 ff.), sondern auch gleich ihre (angebliche) Überlegenheit gegenüber entsprechenden Lösungsansätzen im *Common Law* betont (a. a. O. S. 843).

<sup>8</sup> Dieser bestehe darin „zu sehen, wie in so hochindustrialisierten Ländern wie z. B. den USA mit der überragenden Bedeutung von Kapitalgesellschaften im Wirtschaftsleben das Problem der strafrechtlichen Erfassung der Untreue gelöst wird“ vgl. *Krause*, Die Untreue, S. 369.

<sup>9</sup> *Krause*, S. 368 f. Den Verzicht erklärt er damit, dass die Regelungen im angelsächsischen Recht aus seiner Sicht wegen fehlender „Parallelen“ zu den deutschen Begriffen von „Besitz, Eigentum, Vermögen oder Gewahrsam“ gar nicht erst als Vorbild für Reformen des eigenen, deutschen Rechts taugen würden – „die auf dem Boden völlig anderer zivilrechtlicher Grundbegriffe entstandenen Normen“ würden sich nämlich nicht auf das deutsche Recht übertragen lassen. Die vorliegende Arbeit wird jedoch versuchen, dieses auf den ersten Blick erhebliche Problem divergierender Grundbegriffe durch die Gegenüberstellung von konkreten Fällen und funktionaler Äquivalente zu umgehen.

<sup>10</sup> So zB *Fleischer*, WM 2003, 1045 ff.; *ders.*, ZIP 2005, 141 ff.; *ders.*, ZIP 2014, 1305 ff.; *Lohse*, S. 237 ff.; *Eckert*, 46 Iowa L. Rev. 12, 37 ff. (1960), *Enriques*, 2 Int. Comp. Corp. L. J. 297, S. 302 ff. (2000); *Baums/Scott*, 53 Am. J. Comp. L. 31, 36–56 (2005); *Gevurtz*, 55 Am. J. Comp. L. 453 (2007), allerdings mit konkreter Bezugnahme auf einige strafrechtliche Aspekte des deutschen Falles Mannesmann; *Hopt*, 59 Am. J. Comp. L. 1, 38 ff. (2011); zum englischen Recht auch: *Torwegge*, S. 219 ff.

<sup>11</sup> Vgl. aus neuerer Zeit insbesondere *Tiedemann*, FS-Würtenerberger, S. 249 ff.; *Foffani*, FS-Tiedemann, S. 767 ff.; *Cappel*, S. 187–216; *Honsell*, FS-Roth, S. 277 ff.; *Rönnau*, ZStW 122 (2010), 299 ff. mwN; *Foffani*, Finanzkrise, Wirtschaftsstrafrecht & Moral, S. 141 ff.; *Zerbes*, ebd., S. 158 ff.; *Ryu*, FS-Frisch, S. 873 ff. speziell zum 2005 reformierten englischen Recht jedoch: *Du Bois-Pedain*, ZStW 122 (2010), 326 ff.; *Worm*, S. 180–188; aktuell aber auch *Vogel*, S. 22 ff., 86 ff.; ohne rechtsvergleichenden Ansatz ferner *Grau/Airey/Frick*, BB 2009, 1426 ff.

<sup>12</sup> LK-*Schünemann*, § 266 Rn. 271 ff., 273; darauf Bezug nehmend sodann *Cappel*, S. 208 ff. *Schünemann* führt allerdings auch bloß überblicksartig aus, dass der Tatbestand des „Theft“, wie er auch dem US-amerikanischen MPC zu Grunde liege, zwar wie der deutsche Untreuetatbestand das nichtkörperliche Vermögen schütze; bloße Schädigungen aber eben nicht erfasse, weil für das Vorliegen von „Theft“ eine Aneignung im weitesten Sinne notwen-

Beschränkt auf den Bereich der Pflichtverletzungen von unternehmerischen Führungskräften in Deutschland und den USA soll die vorliegende Untersuchung daher insbesondere den drei bereits von *Rönnau* genannten Zielen dienen – nämlich zusätzliche Erkenntnisse

- zu Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit,
- zur bestmöglichen Erfüllung rechtsstaatlicher Anforderungen bei der Ausgestaltung einer Strafbarkeit, sowie
- zu möglichen Reformansätzen und europäischen Harmonisierungsmöglichkeiten zu gewinnen.

Es gilt daher, mit der vorliegenden Arbeit – erstmals – zu klären:

- inwieweit der in Deutschland für die Strafbarkeit der (Organ-)Untreue immer wieder genannte Strafgrund – ein Schutz von Wirtschaftsunternehmen gegen (jegliche) Schädigung von innen heraus sei auf andere Weise nicht ebenso effektiv herstellbar<sup>13</sup> – auch international, gerade in den USA, Anerkennung findet bzw. gefunden hat, und
- ob am Beispiel der US-Rechtslage Alternativen zu einem allein – oder wenigstens hauptsächlich – auf einen allgemeinen Untreuetatbestand konzentrierten Lösungsansatz entwickelt (oder jedenfalls Denkanstöße für eine Weiterentwicklung dieses Lösungsansatzes gewonnen) werden können, die rechtsstaatlichen Anforderungen möglicherweise besser gerecht werden<sup>14</sup> und ggf. auch eine spätere Harmonisierung in diesem Bereich auf europäischer Ebene<sup>15</sup> erleichtern würden.

---

dig sei. Er sieht hierin sodann im Vergleich zur deutschen Untreue eine Lücke, die auch nicht durch andere Tatbestände geschlossen werde (LK-*Schünemann*, § 266 Rn. 273; zustimmend *Cappel*, S. 208 f.). Überhaupt würden nur spezielle Tatbestände in den USA eine Strafbarkeit an die Verletzung einer Treuepflicht als solcher knüpfen, wie etwa der Tatbestand der Bestechung im Wirtschaftsleben („Commercial Bribery“) in sec. 224.8. MPC, bei dem eine Treuepflichtverletzung Gegenstand der Unrechtsvereinbarung sei (vgl. LK-*Schünemann*, § 266 Rn. 273). Hierauf aufbauend bezeichnet *Cappel* die „Commercial Bribery“ dann auch als die der Untreue am ehesten ähnelnde Strafvorschrift in den USA (S. 209).

<sup>13</sup> Statt aller: LK-*Schünemann*, § 266 Rn. 1; *Rönnau*, ZStW 122 (2010), S. 308 f.; *Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf*, § 22 Rn. 7. *Schünemann*, § 266 Rn. 28 aE geht sogar so weit zu behaupten, es gebe zum „Grundkonzept des § 266 StGB, das Vermögen gegen Schädigungen durch alle mit einer Obhutsherrschaft ausgestatteten Hüter gleichermaßen zu schützen, keine vernünftige Alternative“; ähnlich auch *SSW-Saliger*, § 266 Rn. 3: „unverzichtbar“.

<sup>14</sup> In diese Richtung ebenso *Tiedemann*, FS-Würtenerberger, S. 252.

<sup>15</sup> Vgl. zu diesem Ziel einer Strafrechtsvergleichung ausführlich *Hauck*, S. 255 ff. mwN; zu einer möglichen Harmonisierung im Bereich der Untreuevorschriften und hierfür sprechenden Gründen auch bereits *Cappel*, KritV 2008, 94, 108 ff. mwN.

## B. Gegenstand der Untersuchung

Wie bereits aus dem Titel der Arbeit ersichtlich wird, ist der Untersuchungsgegenstand in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht auf den Bereich des pflichtwidrigen Fehlverhaltens von Führungskräften in Wirtschaftsunternehmen beschränkt. Dieser soll zunächst näher definiert werden (I.).

Darüber hinaus macht der föderale Aufbau des US-Strafrechtssystems im Hinblick auf die Vielzahl der miteinander konkurrierenden, aber voneinander unabhängigen Strafrechtsordnungen eine weitere rechtsbezogene Einschränkung des Untersuchungsgegenstands erforderlich: So soll vorliegend insbesondere das US-Bundesstrafrecht den Kerngegenstand der Untersuchung bilden; sowohl das US-amerikanische Modellstrafgesetzbuch – der Model Penal Code (MPC) – als auch das tatsächliche Recht der einzelnen Bundesstaaten sollen hingegen nur insoweit mitberücksichtigt werden, wie dies zur Systematisierung und zum Verständnis des US-Bundesstrafrechts erforderlich ist (II.).

Schließlich bezieht sich diese Untersuchung auf den „Einsatz des Vermögensstrafrechts“ als eigentlichen Vergleichsgegenstand, sodass insoweit allein derjenige Bereich des deutschen und US-amerikanischen Strafrechts untersucht wird, der prinzipiell dem Schutz von Wirtschaftsunternehmen vor pflichtwidrigem Fehlverhalten ihrer Führungskräfte dient bzw. dienen kann, was insbesondere anhand exemplarischer Fälle aus beiden Rechtsordnungen erfolgen soll (III.).

### *I. Beschränkung auf „pflichtwidriges Fehlverhalten von Führungskräften in Wirtschaftsunternehmen“*

Behandelt wird daher im Folgenden allein der strafrechtliche Schutz von „Wirtschaftsunternehmen“ – also privaten Vereinigungen *mit* Gewinnerzielungsabsicht (einschließlich Konzerngesellschaften).<sup>16</sup> Explizit ausgeklammert bleiben damit sowohl gemeinnützige Unternehmen, Unternehmen der öffentlichen Hand (Staatsunternehmen) als auch Finanzdienstleister (insbesondere Banken und Versicherungen), da für diese oftmals andere Strafvorschriften Anwendung finden, identische Strafvorschriften anders ausgelegt und angewendet werden oder auch andere Recht- und Zweckmäßigkeitserwägungen eine Rolle spielen.<sup>17</sup>

---

<sup>16</sup> Für Deutschland beschränkt sich die vorliegende Untersuchung daher insbesondere auf die juristischen Personen Aktiengesellschaft, GmbH und Genossenschaft sowie – in geringerem Maße – auf Einzelunternehmen, wie oHG und KG. Für die USA beschränkt sie sich – insoweit vergleichbar – auf Public/Closed Corporation (Inc.), Limited Liability Company (LLC), General Partnership, Limited Partnership (LP) und Limited Liability Partnership (LLP), zu Einzelheiten dieser Unternehmensformen des US-Rechts vgl. *Hay*, Rn. 573 ff.

<sup>17</sup> Vgl. zu den Besonderheiten der Kredituntreue etwa *Martin*, Bankuntreue, S. 47 ff. sowie *Hermann*, S. 43 ff.

Auch beschränkt sich die Untersuchung auf „Führungskräfte“ solcher Unternehmen als möglichen Täterkreis. Diese lassen sich definieren als „Inhaber von Entscheidungsmacht“ innerhalb einer Handelsgesellschaft<sup>18</sup> bzw. als „Personen innerhalb von Geschäftsbesorgungsverhältnissen“.<sup>19</sup> Gemeint sind damit praktisch Organvertreter (Aufsichts- und Verwaltungsräte, Vorstände bzw. Vorstandsmitglieder), Geschäftsführer (auch geschäftsführende Gesellschafter und – eingeschränkt – „faktische“ Geschäftsführer) sowie andere leitende Angestellte.<sup>20</sup> Ausgeklammert bleiben hingegen Firmeneigentümer *außerhalb* von Geschäftsbesorgungsverhältnissen (Aktionäre, Kommanditisten, Gesellschafter ohne Geschäftsführungsbefugnis, etc.) sowie einfache Angestellte.

Schließlich meint „pflichtwidriges Fehlverhalten“ einer Führungskraft alle Verletzungen einer *gegenüber dem geführten Wirtschaftsunternehmen*<sup>21</sup> bestehenden rechtlichen Pflicht, die die Schädigung irgendeines Unternehmensinteresses zur Folge hat – also insbesondere, aber nicht nur, pflichtwidrige Vermögensschädigungen, pflichtwidrige Rufschädigungen, pflichtwidriges Verschweigen, pflichtwidrige Informationsweitergabe etc. Da die Frage, welches Verhalten einer Führungskraft jeweils nach dem deutschen bzw. US-amerikanischen Recht konkret einen Verstoß gegen rechtliche Pflichten gegenüber dem geführten Unternehmen begründet, jedoch primär nichtstrafrechtlicher Natur ist, soll diese selbst nicht zum Hauptuntersuchungsgegenstand gemacht werden. Es werden stattdessen sogleich zu Beginn – unter Bezugnahme auf die „Rechtspflichten“ von Führungskräften nach deutschem und US-amerikanischem Zivil- und Gesellschaftsrecht – die zu behandelnden Kategorien und Fallgruppen möglichen pflichtwidrigen Fehlverhaltens von Führungskräften abschließend bestimmt, die dem vorliegenden Rechtsvergleich als Untersuchungsgrundlage dienen.

## II. Konsequenzen des föderalen Aufbaus des US-Strafrechtsystems für den Vergleichsgegenstand des „Vermögensstrafrechts“

Das US-amerikanische Strafrecht zeichnet sich durch eine Eigenart aus, die bei jeder rechtsvergleichenden Untersuchung berücksichtigt werden muss: Anders

<sup>18</sup> Definition nach *Foffani*, Handelsgesellschafts- und Insolvenzstrafrecht, in: Freiburg-Symposium, S. 328.

<sup>19</sup> Definition nach *Otto*, Anmerkungen zum Schutz des Finanzwesens und der Handelsgesellschaften (Art. 49–56), in: Freiburg-Symposium, S. 363; vgl. auch die Definition der „Organuntreue i. w. S.“ bei LK-Schünemann, § 266 Rn. 3 a. E.: „Handeln von Organen im zivilrechtlich strikten Sinne und von leitenden Angestellten“.

<sup>20</sup> In den USA sind diesen vergleichbar die *corporate directors, officers, managers* und *high-ranking employees or agents* (bzw. *all participants in the direction of the affairs of an incorporated or unincorporated association*).

<sup>21</sup> Zur Sanktionierung von pflichtwidrigem Fehlverhalten *gegenüber unternehmensfremden Dritten* vgl. etwa die Untersuchung von *Kaufmann*, Möglichkeiten der sanktionsrechtlichen Erfassung von (Sonder-)Pflichtverletzungen im Unternehmen.

als in Deutschland liegt die allgemeine Gesetzgebungskompetenz für Strafnormen (*general police power*) nicht beim Zentralstaat, sondern allein bei den einzelnen Bundesstaaten.<sup>22</sup> Vom US-Kongress erlassene Bundesstrafgesetze müssen sich daher auf die dem Bund zugewiesenen Kompetenzen aus Art. 1 § 8 der US-Constitution beschränken.<sup>23</sup> Vor allem die in der Bundesverfassung enthaltenen Zuständigkeiten für Steuern und Ausgaben (*Taxes and Spending clause*)<sup>24</sup>, für zwischenstaatlichen Handel (*interstate commerce clause*)<sup>25</sup> und die Regelung zu impliziten Zuständigkeiten (*necessary and proper clause*)<sup>26</sup> hat der Kongress für den Erlass von US-Bundesstrafrecht herangezogen.<sup>27</sup>

Obwohl auf dieser Basis bis heute fast unzählige Bundesstrafgesetze entstanden sind,<sup>28</sup> bleibt die Strafgesetzgebung auf Bundesebene notwendigerweise fragmentarisch und auf eine Vielzahl von Einzelbereichen beschränkt.<sup>29</sup> Allgemeine Strafgesetzbücher (*Penal/Criminal Codes*) finden sich daher bis heute nur in den 50 Bundesstaaten und den anderen mit Selbstverwaltungsrecht ausgestatteten Gebietskörperschaften – dem District of Columbia, den Außengebieten der Vereinigten Staaten (z. B. Puerto Rico) und den selbst verwalteten Indianerreservaten.<sup>30</sup>

Da es also in den USA mehr als 50 allgemeine Strafgesetzbücher gibt, die mitunter auch in Wortlaut und Inhalt stark voneinander abweichen, ist es eigentlich nicht möglich, von *dem* US-amerikanischen Strafrecht zu sprechen.<sup>31</sup> Allerdings folgt aus der Bundeszuständigkeit für den zwischenstaatlichen Handel,<sup>32</sup> dass jedenfalls die allermeisten der für das Wirtschaftsstrafrecht praktisch relevanten Bestimmungen heutzutage unmittelbar im US-Bundesstrafrecht enthalten sind. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat sich dieses nochmals verstärkt den sog. *white collar crimes* angenommen und insoweit eine erhebliche Ausweitung erfahren; denn zur Bekämpfung überregionaler und insbesonde-

<sup>22</sup> U. S. Const., amend. X; *Darby*, ZStW 108 (1996), 554 mwN; *Dubber*, Einführung, S. 3; *Hay*, Rn. 48 f., 681; *Reinbacher*, S. 30 f., 50 f., 123 f.; *Gerberding*, S. 23.

<sup>23</sup> *LaFave*, § 2.8 (c) mwN; *Reinbacher*, S. 50 f. mwN; *Wagemann*, S. 2.

<sup>24</sup> U. S. Const., art. I., § 8, cl. 1.

<sup>25</sup> U. S. Const., art. I., § 8, cl. 3.

<sup>26</sup> U. S. Const., art. I., § 8, cl. 18.

<sup>27</sup> *Darby*, ZStW 108 (1996), 556 f. mwN; *LaFave*, § 2.8 (c) mwN; *Strader*, S. 5 f.; *Wagemann*, S. 2; *Hay*, Rn. 681; *Schmid*, S. 20; *Gerberding*, S. 24 ff.; *Podgor*, 48 Am.U.L. Rev. 720, 736–37 (1999). Einen geschichtlichen Überblick zur Kompetenzverteilung im US-Strafrecht und ihre kontinuierliche Verschiebung auf die Bundesebene durch weite Interpretation der Verfassung bis zur diese einschränkenden Entscheidung *United States v. Lopez*, 514 U. S. 549 (1995), geben *Kurland*, 45 Emory L. J. 1 (1996), S. 1 ff. sowie *Reinbacher*, S. 53 ff. mwN.

<sup>28</sup> *Reinbacher*, S. 33, 168 f. mwN, spricht von ca. 4.000 nach Bundesrecht verfolgbareren Straftaten.

<sup>29</sup> *Darby*, ZStW 108 (1996), 556; *Reinbacher*, S. 86 f.

<sup>30</sup> *Dubber*, Einführung, S. 2 ff.; *Schmid*, S. 21.

<sup>31</sup> *Dubber*, Einführung, S. 2, 29; *Reinbacher*, S. 23 f., 34, 123 f., 165.

<sup>32</sup> *Dubber*, Einführung, S. 5; *Gerberding*, S. 24 ff.; ausführlich hierzu *Reinbacher*, S. 100 ff. mwN.

re internationaler Wirtschaftskriminalität fehlte es den Bundesstaaten sowohl an der verfassungsrechtlichen Kompetenz als auch an den praktischen Möglichkeiten.<sup>33</sup> Da das Funktionieren des zwischenstaatlichen Handels – m. a. W. des Wirtschaftssystems als solchem – zugleich ein substanzielles Bundesinteresse (*substantial federal interest*) im Sinne der Richtlinien für Bundesstaatsanwälte (*United States Attorney's Manual* bzw. U. S. A. M.) begründet,<sup>34</sup> das auch in strafprozessualer Hinsicht eine Anklage nach US-Bundesrecht rechtfertigt, wird bei allen Straftaten gegenüber Wirtschaftsunternehmen *mit Systemrelevanz* (etwa wegen hoher Schadenssummen, Bestechungen, Tatorten in mehreren Bundesstaaten oder nationaler öffentlicher Wahrnehmung) stets eine Verfolgung nach dem Bundesstrafrecht im Raum stehen; das einzelstaatliche Strafrecht wird demgegenüber allein zur Aburteilung lokal begrenzter Kriminalität ohne Systemrelevanz herangezogen.<sup>35</sup> Mit dem US-Bundesstrafrecht lässt sich daher – trotz des sonst sehr uneinheitlichen (materiellen) Strafrechts – in der vorliegenden Untersuchung dennoch ein weitestgehend einheitlicher Vergleichsmaßstab heranziehen.

Da dem US-Bundesstrafrecht aber bis heute – wie bereits gesagt – nur fragmentarischer Charakter zukommt und dessen Auslegung darüber hinaus auch maßgeblich durch das „allgemeine Strafrecht“ in den USA mitgeprägt ist (wie es sich allein in den Strafrechtskodifikationen der einzelnen Bundesstaaten und dem ihnen historisch vorgehenden *Common Law* findet), muss eine vollständige und systematische Analyse der Rechtslage in den USA die Rechtslage in den einzelnen Bundesstaaten wenigstens auch *mit*-berücksichtigen. Zu diesem Zweck soll in der vorliegenden Untersuchung daher neben dem US-Bundesstrafrecht als weiterer Vergleichsmaßstab auch das vom American Law Institute in den Jahren 1952–1962 erarbeitete amerikanische Modellstrafgesetzbuch *Model Penal Code* (MPC) herangezogen werden, bei dem es sich um eine systematische Aufbereitung des allgemeinen Strafrechts aller US-Bundesstaaten im Zeitpunkt der 1960er-Jahre handelt, und das jedenfalls im Bereich der hier relevanten *offenses against property* (auch) zu einer relativen Vereinheitlichung

<sup>33</sup> *Darby*, ZStW 108 (1996), 557, 562; *LaFave*, § 2.8 (c) mwN; *Strader*, S. 4 f.; *Wagemann*, S. 2 mwN; *Reinbacher*, S. 150, 165 ff. mwN; *Mathy*, 42 St. Mary's L. J. 645, 722 (2011).

<sup>34</sup> Vgl. USAM 9–27.220 – Grounds for Commencing or Declining Prosecution; USAM 9–27.230 – Initiating and Declining Charges – Substantial Federal Interest. Darüber hinaus stellt gerade *White Collar Crime* eine besondere Strafverfolgungspriorität des Bundes dar, vgl. *Reinbacher*, S. 172 ff. mwN.

<sup>35</sup> *Reinbacher*, S. 99, 150, 165 ff. mwN; *Wagemann*, S. 3; *Strader*, S. 4 f.; *Szott Moohr*, 2000 U. Ill. L. Rev. 683, 685 (2000); zu den einzelnen Kriterien, vgl. *O'Sullivan*, S. 24 f. mwN. Allerdings wird durch die Anwendung von Bundesstrafrecht die zusätzliche (!) Verfolgung nach dem Strafrecht eines Bundesstaates nicht „gesperrt“. Das Prinzip „*Ne bis in idem*“ gilt nämlich nur innerhalb eines Strafsystems und schließt daher die gleichzeitige oder nachträgliche Verfolgung nach dem Strafrecht eines Bundesstaates nicht aus, vgl. *LaFave*, § 2.8 (d) mwN; *Gerberding*, S. 26; ausführlich *Reinbacher*, S. 30, 47, 160 ff., 178 ff. mwN.

des Strafrechts der Einzelstaaten geführt hat.<sup>36</sup> Lediglich ergänzend soll, soweit relevant, noch auf das Strafrecht einzelner US-Bundesstaaten Bezug genommen werden.

### III. Vergleichsgegenstand – Anhand exemplarischer Fälle zu vergleichende Bereiche des deutschen und US-amerikanischen Vermögensstrafrechts

Wie das (aktuelle)<sup>37</sup> deutsche Recht kennt auch das US-amerikanische Gesellschafts- und Vermögensstrafrecht keinen speziell auf pflichtwidriges Fehlverhalten von Führungskräften in Wirtschaftsunternehmen zugeschnittenen Straftatbestand. Wo deutsche Staatsanwälte und Richter jedoch oftmals – gewissermaßen als „Allzweckwaffe“<sup>38</sup> – auf den allgemeinen und (all)umfassenden Tatbestand der Untreue (§ 266 StGB) zurückgreifen können,<sup>39</sup> ist auch dies ihren amerikanischen Kollegen nicht in vergleichbarer Form möglich:

Da es im US-Recht weder auf Bundesstaats- noch auf Bundesebene einen dem deutschen § 266 StGB vergleichbaren, allgemeinen Tatbestand zu untreueartigem Verhalten gibt,<sup>40</sup> müssen Pflichtverletzungen von Führungskräften gegenüber dem eigenen Unternehmen – sofern sie denn überhaupt eine Strafbarkeit begründen (sollen) – im Strafrechtssystem der USA durch andersartige Straftatbestände erfasst werden.<sup>41</sup> Dabei fällt zunächst auf, dass das amerikanische

<sup>36</sup> Ausführlich hierzu *Dubber*, Einführung, S. 1 f., 17 ff., 29; sowie *Reinbacher*, S. 125 f. mwN; *Schmid*, S. 30 f.

<sup>37</sup> Zum den noch bis Ende der 60er Jahre im deutschen Recht geltenden gesellschaftsrechtlichen Sondertatbeständen, vgl. unter Teil 2, D. I.

<sup>38</sup> *Perron*, GA 2009, 219, 222: „Untreuetatbestand als Allzweckwaffe gegen alle denkbaren Varianten wirtschaftlich relevanten Fehlverhaltens“; *ders.*, ZGR 2016, 188: „Allzweckwaffe [...], mittels derer nahezu jede Form von pflichtwidrigem Verhalten als Straftat erfasst und verfolgt werden kann“. Ganz ähnlich bemerkt *Ransiek*, ZStW 116 (2004), 634, ebenso vielzitiert, zur deutschen Untreue: „§ 266 StGB passt immer. Insbesondere im Wirtschaftsstrafrecht ist das die Norm, die ganz unabhängig davon greift, um welche Spezialmaterie es sich auch immer handelt.“ Zu weiteren prägnanten Beschreibungen des Untreuetatbestands, vgl. *Schünemann*, ZIS 2012, 183 FN 6–14 mit einer Zusammenstellung ähnlicher „Tatbestandsschelten“ der Untreue durch andere deutscher Strafrechtswissenschaftler.

<sup>39</sup> *Seibert*, ZRP 2011, 169 charakterisiert die deutsche Untreue als strafrechtlichen „Generalaltatbestand und das Universaldelikt für das zentrale Problem der Corporate Governance“ – die Norm sei geradezu das strafrechtliche Spiegelbild des gesellschaftsrechtlichen Prinzipal-Agent-Konflikts und damit die „strafrechtliche Seite“ derselben Medaille.

<sup>40</sup> Ebenso wenig wie offenbar bis vor kurzem im englischen Recht, vgl. *Du Bois-Pedain*, ZStW 122 (2010), 326. Zur bloß bedingten Vergleichbarkeit der deutschen Untreue mit den Tatbeständen zur „misapplication of entrusted property“ im US-Recht, siehe Teil 3, C. 2.

<sup>41</sup> Vgl. schon *Hornstein*, 41 Colum. L. Rev. 405, 438–42 (1941). Entsprechend zur Rechtsvergleichung mit dem englischen Recht, *Du Bois-Pedain*, ZStW 122 (2010), 326: Weil der Untreuetatbestand anders als Mord oder Diebstahl „keinen relativ stabilen Unrechtskern“ habe, der als Orientierung für eine vergleichende Analyse dienen könne, erfordern weiterführende rechtskritische Überlegungen daher stets auch die Klärung, ob die „im Vergleichsland strafbaren Erscheinungsformen untreueartigen Verhaltens“, ohne bereits als spezifische Unrechtstat-

Vermögensstrafrecht – allein schon wegen der miteinander konkurrierenden Strafrechtssysteme des Bundes und der Bundesstaaten – insoweit deutlich zahlreichere Ansatzpunkte bietet als das deutsche Recht.<sup>42</sup> Dies sind zum einen die Tatbestände der rechtswidrigen Vermögensverschiebung (*theft*) in den Varianten der Unterschlagung (*embezzlement*) und des Betrugs (*false pretenses*) sowie der (allerdings selten zu findende und noch seltener angewandte) Tatbestand der strafbaren Vermögensschädigung (*criminal mischief*), zum anderen mehrere Tatbestände zum Schutz vor betrügerischen Praktiken (*fraudulent practices*): die Bestechlichkeit im Geschäftsverkehr (*commercial bribery*), der Missbrauch bzw. die Fehlverwendung anvertrauten Vermögens (*misapplication of property*) sowie einzelne Buchführungs-, Kapitalmarkt- und Insolvenzdelikte.<sup>43</sup>

Trotz dieser doch recht zahlreichen Ansatzpunkte findet sich im US-Bundesstrafrecht aber dennoch ein konkreter Tatbestandskomplex, der in der Praxis besonders häufig zur Bestrafung von Pflichtverletzungen von Führungskräften in Wirtschaftsunternehmen eingesetzt wurde/wird, und der in der strafrechtlichen Diskussion in den USA ähnliche Kontroversen mit vergleichbaren Fragestellungen hervorgerufen hat wie der Untreuetatbestand in Deutschland: Die bundesstrafrechtlichen Tatbestände des Mail Fraud (18 U. S. C. § 1341) und des Wire Fraud (18 U. S. C. § 1343), die – wie die deutsche Untreue – ebenfalls als „Allzweckwaffe“<sup>44</sup> des Wirtschaftsstrafrechts begriffen werden.<sup>45</sup>

bestände vertypyt zu sein, aus anderen Gründen – ohne Beachtung des Untreueaspekts – kriminalisiert würden.

<sup>42</sup> Vgl. hierzu schon oben unter B. II. Ein weiterer Grund für die zahlreichen Ansatzpunkte im US-Recht dürfte *funktional* im amerikanischen Strafprozesssystem angelegt sein: Nach dem dort uneingeschränkten Opportunitätsprinzip sind Staatsanwälte nicht verpflichtet, alle in Betracht kommenden Straftaten zu ermitteln und anzuklagen, sondern sie können sich die ihrer Ansicht nach „passenden“ Tatbestände aussuchen und ihre Ermittlungen und Anklagen hierauf beschränken, vgl. *Reinbacher*, S. 30, 171 f. mwN. Dies ermöglicht dem Gesetzgeber wiederum eine breitere Strafgesetzgebung mit zahlreichen sich überschneidenden Tatbeständen, ohne dass dem Staat selbst hierdurch zwangsläufig Nachteile – wie etwa erhöhte Ermittlungs- und Verfolgungskosten – entstehen.

<sup>43</sup> Entsprechend berücksichtigt auch bereits *Du Bois-Pedain*, ZStW 122 (2010), 327 bei ihrem Vergleich der Untreue mit dem englischen Recht – wie die vorliegende Untersuchung – die verschiedenen Täuschungsdelikte, den Diebstahlstatbestand sowie die Sonderdelikte im Handelsrecht und das Korruptionsstrafrecht.

<sup>44</sup> *Henning*, 36 B. C. L. Rev. 435, 476–77 (1995): „primary weapon for federal prosecutors to combat white collar crime“. *Rakoff*, 18 Duq. L. Rev. 771 (1980), damals selbst US-Bundesstaatsanwalt, „preist“ die Tatbestände geradezu pathetisch und vielzitiert: „To federal prosecutors of white collar crime, the mail fraud statute is our Stradivarius, our Colt 45, our Louisville Slugger, our Cuisinart – our true love. We may flirt with RICO, show off with 10b–5, and call the conspiracy law ‚darling,‘ but we always come home to the virtues of 18 U. S. C. § 1341, with its simplicity, adaptability, and comfortable familiarity. It understands us and, like many a foolish spouse, we like to think we understand it.“; Auch *Darby*, ZStW 108 (1996), 564 ff., bescheinigt den Tatbeständen, „außergewöhnlich flexibel“ (S. 564) zu sein, und sieht sie als „schlagkräftige Waffen im Kampf der Gesellschaft gegen betrügerische Aktivitäten“ (S. 550).

<sup>45</sup> *Casey*, 35 Del. J. Corp. L. 1, 41–43 (2010): „While federal prosecutors have charged executives with a host of criminal violations, mail and wire fraud counts appeared in many, if

## Sachverzeichnis

- Absicht, *siehe* Vorsatz
- Aktionär bzw. Shareholder 6, 31, 93,  
105–109, 117, 180, 190–193, 197,  
200, 207–211, 245, 300, 304–307, 328,  
333 f., 360–364, 389 f., 394–402, 408,  
470–472, 512 f.
- *siehe auch* Unternehmensinhaber
- Aktionärsklage 294 f., 364, 505, 513
- Akzessorietät, *siehe* Zivilrechtsakzessorietät
- Allgemeindelikte, *siehe* Straftaten gegen Vermögenswerte, allgemeine
- Aneignung im US-Recht (fraudulent conversion) 272 f., 275, 290–295, 301 f., 319, 425–427, 449
- *siehe auch* Zueignung im US-Recht (misappropriation)
- Aneignung 21–23, 62, 120 f.
- *siehe auch* Zueignung
- Anerkennungsprämien 148, 166, 173,  
186–194, 200, 210, 421 f., 439–441,  
518
- *siehe auch* Bonuszahlungen
- Angriffsart bzw. Angriffsform 66 f., 70,  
156–159, 271, 448, 470, 530
- Annahme von Zuwendungen Dritter 21–  
22, 25, 63–65, 96–100, 116, 217 f.,  
315–319, 335, 420, 428 f.
- *siehe auch* Bestechlichkeit
- Arbeitnehmermitbestimmung 174, 178,  
510
- Auffangpflichtverletzung, *siehe* Untreue
- Auffangtatbestand 59, 75, 90, 321, 418,  
468, 526, 534
- *siehe auch* Untreue
- *siehe auch* Mail fraud
- Aufklärungspflicht 72–80, 86, 88 f., 283,  
296 f., 423–426, 436
- Aufsichtsrat 24, 78 f., 95 f., 122 f., 134 f.,  
148, 161 f., 165 f., 172, 184 f., 187,  
192–194, 207–210, 215 f., 226, 243 f.,  
421–423, 429, 439, 487, 512–514
- *siehe auch* Entscheidungsträger
- Aufwendungen für unternehmensbezogene Straftaten 42, 45, 183–186, 226–  
231, 251, 438 f., 453, 526
- Aufwendungen, nützliche 47, 178–180,  
197, 229–237, 251 f., 438, 452, 493–  
495, 526 f., 552
- Ausgliederung von Vermögensteilen,  
*siehe* Vermögensausgliederung
- Auslösen von Schadensersatzansprüchen  
43, 176 f., 222–225, 456, 490
- Außenrecht, unternehmerisches 64, 252,  
438 f., 453, 503, 506–508, 516 f.
- *siehe auch* Binnenrecht, unternehmerisches
- Austauschgeschäft 19, 63–66, 214–219,  
230 f., 428
- Befugnis (Dispositions- bzw. Verfügungsbefugnis) 35, 51, 56 f., 70, 74 f., 77,  
83–85, 87, 104, 124 f., 137–139, 156,  
160, 162–166, 171, 174 f., 188, 199–  
203, 297–301, 540, 551, 553
- *siehe auch* Kompetenz
- Begehung von Straftaten mit Unternehmensbezug, *siehe* Fallgruppen
- Belastung des Unternehmensvermögens mit Verbindlichkeit 43, 122 f., 216,  
381, 454
- Berechtigung, *siehe* Kompetenz
- Bereicherungsabsicht, *siehe* Vorsatz
- Bereicherungsverbot, *siehe* Fallgruppen
- Beschädigung bzw. Zerstörung von Sachen, *siehe* Sachbeschädigung

- *siehe auch* Mischief, criminal/malicious
- Beschädigung von Vermögen, *siehe* Untreue
- *siehe auch* Mischief, criminal/malicious
- Bestechlichkeit 10, 92, 106, 299, 313, 428 f.
- *siehe auch* Annahme von Zuwendungen Dritter
- *siehe auch* Mail fraud
- *siehe auch* Untreue
- Bribery 25, 328, 420 f., 428, 456
- Commercial Bribery (Straftatbestand) 4, 10, 288 f., 312–319, 335, 414, 418, 428, 458
- Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB) 92–101, 104–106, 227, 229, 418, 428, 458, 534
- Bestechung bzw. Vorteilsgewährung 8, 65, 166–169, 179–181, 228 f., 245, 313–318, 334, 365, 392 f., 397, 408, 424, 429, 438 f., 453, 526–528
- *siehe auch* Handlungszweck
- Bestimmtheitsgebot, *siehe* Verfassungsrecht
- Betriebsinhaber 102 f.
- Betriebsrat 173, 178–180, 196, 209, 229, 243, 422, 429, 438 f., 463, 527
- Betrug (§ 263 StGB) 51, 62, 65, 69–90, 127–129, 145, 211, 219, 418, 425 f., 447–450, 500 f., 529, 533, 551 f.
- *siehe auch* Vermögensschaden
- Bereicherungsabsicht, *siehe* Vorsatz
- Garantenstellung 75–80, 83, 432
- Garantenstellung aus Gesetz 77–79
- Garantenstellung aus Ingerenz 78 f.
- Garantenstellung aus Vertrag 78 f.
- Irrtum 80–87
- Nachtat, mitbestrafte 86–89
- Sicherungsbetrug 85–87, 89
- Täuschung, *siehe* Täuschung
- Verhältnis zur Untreue 87–88
- Vermögensschaden 80–87
- Vermögensverfügung, *siehe* Vermögensverfügung
- Betrugsabsicht (intent to defraud), *siehe* Vorsatz
- Betrugsplan (scheme to defraud), *siehe* Betrugsplan (scheme to defraud) 264–266, 329, 332, 334, 338–344, 347 f., 351–407, 410–413, 429 f., 463 f.
- *siehe auch* Mail fraud
- Beweisprobleme 40, 42, 91, 108, 157, 216 f., 308, 359 f., 362 f., 407–409, 431, 439–441, 513 f.
- Beweislastumkehr, faktische 222, 234 f., 237, 251 f., 260–271, 441
- Beweisvermutung 20, 83 f., 149, 217 f., 237 f., 359, 362 f., 379 f., 407, 440, 476,
- Zweifelssatz 44, 149 f., 190, 359 f., 363, 224
- Bilanzierungspflicht, *siehe* Buchführungspflicht
- Bilanzstraftat 93, 106–111, 435 f., 528
- *siehe auch* Buchführungsdelikt
- Binnenrecht, unternehmerisches 165, 252, 505–507, 510 f., 513–517, 523 f.
- *siehe auch* Außenrecht, unternehmerisches
- Bonuszahlungen 178 f., 209 f., 229, 243, 245 f., 265, 292–294, 387–391, 401 f., 421 f., 430 f., 487
- *siehe auch* Anerkennungsprämien
- Bösgläubigkeit (acting in bad faith) 19, 25 f., 28, 30, 269, 356, 414, 545–547
- Bribery, *siehe* Bestechlichkeit
- Buchführung, unordentliche 43, 74, 180–182, 186, 222–224, 363 f., 456
- Buchführungsdelikt 10, 265, 328, 334 f., 365, 387–390, 401 f., 433–436, 454
- *siehe auch* Bilanzstraftat
- Buchführungspflicht 17, 107, 112, 170, 180–183, 332, 395 f., 435 f.
- Bundesstrafrecht, *siehe* US Bundesstrafrecht
- Bundesverfassungsgericht 1, 48–50, 127, 143, 147–156, 211 f., 228, 236, 510 f., 524, 548
- Business Judgment Rule 19–20, 27–28, 30, 188–195, 397, 423, 440–441, 514
- Cash-Pool 69, 74, 82, 88, 113 f., 136 f., 172, 202, 207, 216, 248
- Catch-all, *siehe* Auffangtatbestand

- Commercial bribery (Straftatbestand),  
siehe Bestechlichkeit
- Common law 8, 257, 271–275, 278–285,  
309, 340 f., 348, 352 f.
- Confidential information, *siehe* Informa-  
tion, vertrauliche
- Corporation, *siehe* Kapitalgesellschaft
- Defense 277, 281, 299 f., 404, 406–409,  
441
- Delaware Corporation 18–19, 294, 322,  
394, 505, 516
- Deprivation (Entzug eines Rechts)
- Deprivation of intangible property  
rights 394–404, 407 f.
  - Deprivation of intangible rights 264,  
346–351, 365–393, 407 f.
  - Deprivation of property 270, 275, 280,  
284 f., 290–297, 303, 321, 355–365,  
407 f.
- Diebstahl 9 f., 36, 51, 273, 285, 480,  
525
- *siehe auch* Theft
  - Historie 120 f., 257, 520, 533
- Director/Officer 27–32, 265, 293 f., 296,  
298–307, 322 f., 329 f., 334, 351–364,  
368–370, 373, 377, 387–391, 399,  
408–410, 422, 439 f., 505
- *siehe auch* Entscheidungsträger
  - *siehe auch* Vorstand
- Disponibilität von Rechten/Rechtsgütern,  
*siehe* Einverständnis
- Dispositionsbefugnis, *siehe* Befugnis
- Dispositionsfreiheit 37–39, 107 f., 111,  
181, 211, 232–235
- *siehe auch* Rechtsvergleich
- Dispositionsfreiheit im US-Recht 259,  
267–270, 297, 277
- *siehe auch* Property
- Dokumentationspflicht, interne 75, 106–  
111, 328, 330, 333, 436
- *siehe auch* Offenbarungspflicht(verlet-  
zung), interne
- Drittenschadensliquidation, strafrechtliche  
106, 112 f., 116, 334
- Drittzuwendungen, *siehe* Annahme von  
Zuwendungen Dritter
- *siehe auch* Vermögensweggabe
- Eigengeschäft (self dealing) 21–22, 23–  
24, 63–65, 139, 216, 420–427, 456,  
522
- Eigentum bzw. Eigentumsrecht 36 f., 53–  
54, 65, 254, 278–289, 435, 451
- *siehe auch* Property
  - *siehe auch* Sozialbindung des Eigen-  
tums
- Eigentumsdelikte 11, 51–68, 90 f., 111,  
119, 457, 520, 533
- Eigentumsschutz 36, 51–58, 90, 278
  - Einverständnis 55–58, 60 f., 297–307
  - Zivilrechtsakzessorietät, strenge 54,  
60
- Eigenvorteil, mittelbarer 96 f., 243 f.,  
324 f., 402, 422, 424
- Eingehen von Verbindlichkeiten, *siehe*  
Fallgruppen
- Eingriff, existenzgefährdender 93, 95,  
136 f., 143, 164 f., 171–173, 197, 202–  
207, 248 f., 399, 525
- Einverständnis (bzw. Einwilligung) 53,  
55–58, 60, 92 f., 100, 118, 154, 172 f.,  
177, 193, 198–211, 214–216, 244–246,  
281 f., 297–307, 316, 356, 422, 443–  
447, 462
- *siehe auch* Rechtsgut
  - *siehe auch* Untreue
  - *siehe auch* Zustimmung
  - Grenzen des Einverständnis 55–58, 62,  
193, 199–209, 242, 246, 248–252, 282,  
299–301, 304–307, 391, 445 f., 507 f.,  
517 f., 523–529
  - Zivilrechtsakzessorietät 199 f., 202,  
209, 518
- Einverständnis, ausdrückliches/konklu-  
dentes 53, 62, 199 f., 443 f., 449
- Einverständnis, hypothetisches 200, 209–  
211, 444 f., 447
- Einverständnis, mutmaßliches 53, 62,  
198, 225, 444 f., 447
- Embezzlement, *siehe* Theft
- Entscheidung, unternehmerische 20, 27,  
128, 148, 189, 249, 512
- Entscheidungsträger 6 f., 13, 16–18, 26,  
56, 59, 76, 101–104, 111 f., 114, 122–  
124, 133 f., 137, 142 f., 196 f., 199,  
459, 479, 542, 547 f., 553

- Entzug eines Vermögenswertes, *siehe* Wegnahme
- Ermessen, Geschäftsführungs- 27, 32, 192, 327, 465
- *siehe auch* Business Judgment Rule
- Ermessensüberprüfung, gerichtliche 28, 31–32, 147 f., 189 f., 192–194, 441, 525 f.
- Erstattung von Geldstrafen 186, 194
- Existenzgefährdung, *siehe* Fallgruppen
- Externalisierung von Schäden 105–117, 173, 185 f., 202 f., 234 f., 328
- *siehe auch* Rechtsvergleich
- Fallgruppen 12–13, 15–34, 419–443, 530
- *siehe auch* Annahme von Zuwendungen Dritter
  - *siehe auch* Aufwendungen für Schwarzarbeit
  - *siehe auch* Aufwendungen für unternehmensbezogene Straftaten
  - *siehe auch* Aufwendungen, nützliche
  - *siehe auch* Auslösen von Schadensersatzansprüchen
  - *siehe auch* Belastung des Unternehmensvermögens mit Verbindlichkeit
  - *siehe auch* Bestechlichkeit
  - *siehe auch* Bestechung bzw. Vorteilsgewährung
  - *siehe auch* Bösgläubigkeit (acting in bad faith)
  - *siehe auch* Eigengeschäft (self dealing)
  - *siehe auch* Eigenvorteil, mittelbarer
  - *siehe auch* Eingriff, existenzgefährdender
  - *siehe auch* Erstattung von Geldstrafen
  - *siehe auch* Fehlentscheidung, wirtschaftliche
  - *siehe auch* Kickbacks
  - *siehe auch* Missmanagement
  - *siehe auch* Risikogeschäfte
  - *siehe auch* Schwarze Kassen
  - *siehe auch* Selbstschädigung, bewusste
  - *siehe auch* Sorgfaltspflichtverletzung i. e. S.
  - *siehe auch* Überwachungspflichtverletzung
- *siehe auch* Verfolgung von Eigen- bzw. Drittinteressen
  - *siehe auch* Verfolgung von Sonderinteressen
  - *siehe auch* Vermögensverschwendung
  - *siehe auch* Vermögensverwendung, verbotene
  - *siehe auch* Vermögensweggabe
  - *siehe auch* Verstoß gegen Bereichungsverbot (no-profit-rule)
  - *siehe auch* Verstoß gegen interne Compliance- und Verhaltensvorgaben
  - *siehe auch* Zueignung von Vermögenswerten
- Verletzung der Loyalitätspflicht 66, 158, 160–163, 475 f., 479 f., 485 f., 497 f., *siehe auch* Loyalitätspflicht
- Verletzung der Sorgfaltspflicht 66, 158 f., 163–195, 472–475, 480–484, 486–495, 497 f., *siehe auch* Legalitätspflicht
- False pretenses (Straftatbestand), *siehe* Theft
- Fehlentscheidung, wirtschaftliche 189 f., 195, 441
- *siehe auch* Missmanagement
- Fiduciary duty 18 f., 259, 261–264, 269 f., 296, 304, 307 f., 344 f., 359, 364, 369–376, 400 f., 476, 480, 491, 515
- *siehe auch* Treuepflicht
  - Breach of fiduciary duties 256, 266 f., 271, 286–288, 303, 314–316, 333, 348 f., 352–357, 362–366, 371–374, 378–380, 382, 388–391, 408 f., 414 f., 440, 469, 485, 496
  - Fiduciary relationship 256, 263 f., 282, 296, 312 f., 319–322, 324, 361, 369–371, 395–397
  - *siehe auch* Vertrauensverhältnis
  - Intentional fiduciary breach, *siehe* Vorsatz
- Finanzkrise bzw. Finanzskandale 1, 349, 416, 530 f.
- Folgenabwägung, prozessuale (Fehler erster/zweiter Art) 441, 495–497
- Fraud statutes (Straftatbestände) 275, 285–290, 300, 326–332, 335, 337, 353, 431, 531

- Fraud, Begriff 274–276, 290 f., 296, 305 f., 337, 341, 348, 440, 469, 496, 500 f.
- Fraudulent misappropriation 355, 361–365, 394
- Fraudulent practices 10, 256, 312–336
- Funktionstheorie, *siehe* Zurechnung strafbarkeitsbegründender Merkmale
- Garantenpflicht, *siehe* Betrug
- Geheimhaltungspflicht 21, 25, 92, 101–105, 261 f.
- Geheimnis 37, 102–105, 116, 260
- Geheimnisschutz 102–105, 260–262, 288, 308
- Geheimnisverletzung 92, 101–105, 116, 160–163, 262
- Geheimnisverrat 102, 114, 418, 426, 457–459, 534
- Generalprävention 231, 476–484, 495–498
- Gerechtigkeitsabwägungen, soziale 126, 130, 501 f., 507–519, 524 f., 528 f.  
– *siehe auch* Sozialbindung des Eigentums
- Geschäfte, rechtlich missbilligte 42, 45, 226–237, 250 f., 253, 452–454
- Geschäftsbesorgung 16, 51, 78 f., 85, 88 f., 163, 175, 206, 369
- Geschäftsbesorgungsverhältnis 6, 56, 76–79, 89, 133–136, 154, 296, 421, 541
- Geschäftschancen 21–23, 27, 217, 292, 382 f., 401, 420, 425 f., 457, 462
- Geschäftsführer 54–57, 63–65, 74, 82, 87–89, 95 f., 99, 113 f., 161, 167, 170–172, 182, 201 f., 206–210, 234, 312 f., 324, 361 f., 383, 471  
– *siehe auch* Entscheidungsträger
- Geschäftsleiter, *siehe* Entscheidungsträger
- Gesellschafter 6, 17, 54–58, 76, 88, 93, 107, 111, 164–172, 177, 180–183, 196–211, 278, 296, 410, 435 f., 471, 509  
– *siehe auch* Unternehmensinhaber  
– Alleingesellschafter 54 f., 113, 133 f., 137, 196–198, 200, 206 f., 300, 435  
– Informationsrechte, *siehe* Informationsrechte von Gesellschaftern/Gläubigern  
– Kontrollrecht der Gesellschafter 183, 200–202, *siehe auch* Recht auf Kontrolle von Ausgaben und Risiken  
– Minderheitsgesellschafter 170, 180–183, 200–202, 410, 429  
Gesellschafter, geschäftsführender 17, 55, 95 f., 114, 133, 172, 301, 312 f., 324  
Gesellschafterversammlung 56, 76, 104, 108, 185, 199, 201, 207 f., 382  
Gesellschaftsorgan 6, 16 f., 30, 56, 59, 70, 95 f., 104, 107, 133 f., 136 f., 164, 170, 182, 199 f., 207 f., 234, 471, 495, 500, 505, 513–515, 553  
– *siehe auch* Aufsichtsrat  
– *siehe auch* Director/Officer  
– *siehe auch* Entscheidungsträger  
– *siehe auch* Geschäftsführer  
– *siehe auch* Vorstand  
Gesellschaftsrecht 6, 15–33, 419 f., 423 f., 441 f., 446 f., 469 f., 509–516, 524–528 538, 541  
– Aktienrecht 16 f., 24, 27, 31 f., 78, 101, 103 f., 106–108, 122 f., 126, 134–136, 139, 142 f., 145, 154 f., 165 f., 170, 175, 181, 187 f., 201, 205–209, 215 f., 511, 513, 517–519, 545  
– GmbH-Recht 16 f., 24, 30, 78, 82, 101, 103 f., 106–108, 113 f., 122 f., 142 f., 164, 170, 172, 175, 181, 201, 203–207, 519  
– Mindestpflichten eines Geschäftsleiters 16–17  
Gesellschaftsrecht (Deutschland) 103–109, 117, 141–147, 154 f., 165, 171–177, 193–195, 205–209, 252, 476, 486, 490, 492 f., 520  
Gesellschaftsrecht (USA) 292, 294 f., 323, 354, 363 f., 395–397, 436, 505 f.
- Gesetzgebungskompetenz 7 f., 285, 339  
– *siehe auch* Jurisdiktion
- Gläubiger 23 f., 93, 105–114, 139, 149, 171, 173, 182, 202 f., 279 f., 293, 312, 328, 508
- Gläubigerinteresse 31, 107, 109–113, 136 f., 180, 190, 202–208, 279, 282, 298–304, 446, 470, 516, 525

- Gläubigerschutznorm 105, 109–114, 164, 171–173, 205–207, 248 f., 295, 298, 304, 323, 328–331, 438, 446 f., 525
- Good faith, *siehe* Handeln in gutem Glauben
- Good-corporate-citizen 215, 525, 527
- Grenzfall 162 f., 193, 196 f., 241–245, 361–365, 374, 401–404, 554
- Güterverteilung, gerechte, *siehe* Gerechtigkeitserwägungen, soziale
- Haftung, zivilrechtliche 3, 15–34, 195, 442, 552, 554
- deutsches Recht 16–18, 52, 112 f., 128, 157, 171 f., 511–515
  - US-Recht 18–20, 391, 504 f.
- Haftungsbeschränkung, zivilrechtliche 17–20, 113, 202, 505, 511, 514, 516
- Handeln in gutem Glauben (acting in good faith) 18–19, 195, 246 f., 396 f., 404–411, 442, 543–546, 553
- Handlungszweck 151, 156–158, 225, 429, 432, 451 f., 540
- altruistischer Handlungszweck 234, 237 f., 238, 245–252, 464–465, 494, 496, 547
  - auch-fremdnütziger Handlungszweck 238, 241–245, 422 f.
  - eigen- bzw. drittnütziger Handlungszweck 235, 237–240, 434, 461–464
  - missbilliger Handlungszweck 25 f., 45, 227–237, 250 f., 253, 430 f., 439, 452–454
  - Zweck der Bestechung 166–171, 180–183, 305, 355 f., 361–365
- Harmonisierung 2, 4, 500, 532–535
- Hauptversammlung 56, 104, 108, 165 f., 173, 185, 194, 199, 201, 207–210, 513
- Honest services fraud 263–266, 270, 317, 340, 344–347, 349 f., 354, 359, 365–394, 399, 401 f., 410, 414, 418, 427–429, 435 f., 438 f., 451, 454, 458, 462, 464, 480, 521, 530
- Täuschungserfolg 368, 374–377
  - Täuschungsobjekt 368, 371–374
- Hybridtatbestand 252–254, 413, 534
- Information, vertrauliche 101 f., 105 f., 114, 116, 259–262, 268, 308, 357, 418, 426, 458 f.
- Informationspflichtverletzung 28 f., 31–33, 147, 189 f., 196, 555
- Informationsrechte von Gesellschaftern/Gläubigern 107, 109 f., 200–202, 209, 264, 306, 394 f., 400
- Informationsvorsprung bzw. -defizit (Asymmetrie) 190, 209, 269, 373, 444, 471, 507, 523
- Inhaber, *siehe* Unternehmensinhaber
- Innenverhältnis 56–59, 63–67, 94, 99, 125, 138 f., 170, 172, 188, 199, 457 f., 505 f., 542
- Insiderhandel (insider trading) 93, 114–116, 261, 265, 288, 333 f., 336, 418, 459
- Insiderinformationen 114 f., 292, 333, 459
- Insolvenz, *siehe* Unternehmenskrise
- Insolvenzdelikte 10, 93, 106, 109–114, 256, 287, 298 f., 328–331, 335, 446
- Intangible rights, *siehe* Property
- Intent to deceive, *siehe* Absicht
- Intent to defraud, *siehe* Absicht
- Interessenkonflikt 20–22, 25–26, 28, 73, 77–80, 89, 136, 199, 203, 215, 241–245, 326, 337, 369, 377, 390, 410 f., 414 f., 423 f., 440, 442, 444, 461, 463, 471, 522, 553
- Interessenkonflikt, verschwiegener 21, 84, 266 f., 295, 308, 352–354, 373 f., 380, 427, 469, 472, 475 f.
- *siehe auch* Loyalitätspflicht, Verletzung der
- Interesstheorie, *siehe* Zurechnung strafbarkeitsbegründender Merkmale
- Internalisierung (von Außenrecht) 174–184, 231, 437–439, 510–512, 523–528
- Interstate Transport of Stolen Property (Straftat) 279, 289 f., 296, 302 f., 305 f., 414
- Jurisdiktion 288, 318, 329, 342–344
- *siehe auch* Gesetzgebungskompetenz
- Kapitalgesellschaft 5, 18 f., 107, 172, 182, 200, 202–209, 278–280, 294, 298–307, 322 f., 435, 446, 481, 515

- Kapitalmarktstrafrecht 10, 106, 114–116, 256, 261, 288, 331–336, 360 f., 365, 433 f., 436 f., 454, 459, 503, 506
- Kausalität der Tathandlung 84, 142, 149 f., 155, 209 f., 211, 262, 274, 320, 325 f., 374, 400
- Kickbacks 25, 45 f., 63–65, 74, 88, 94, 97, 99–101, 428 f., 450, 456, 534  
– *siehe auch* Mail fraud  
– *siehe auch* Untreue
- Kompetenz bzw. Berechtigung 54–61, 68, 82, 107, 206, 214 f., 238–241, 277, 284, 407, 410, 504, 540  
– *siehe auch* Befugnis
- Kompetenzbeschränkung 24, 85, 89, 159, 164, 173–186, 486 f.
- Kompetenzerweiterung, interne 198–202, 214, 444  
– *siehe auch* Einverständnis
- Kompetenznorm, interne 163–173, 217, 242
- Kompetenznormen, Konkretisierung von 27 f., 133, 158 f., 186–196
- Kompetenzüberschreitung bzw. -verletzung 78 f., 134, 158 f., 163–197, 281, 297, 319, 321 f., 434 f., 480, 487 f., 540–543
- Kompetenzverschiebung durch Rechtsentwicklung 159, 164–166, 169–171, 173, 191–194, 529
- Kompetenzverteilung, interne 26, 104, 164–166, 178, 187, 194, 243–246, 295, 423, 434 f., 444, 513, 553
- Konzern 69, 167, 178, 183 f., 265, 358, 360, 387, 396, 429  
– *siehe auch* Untreue / Konzernuntreue
- Korruption (corruption) 10, 93 f., 131, 229, 246, 344 f., 377, 414, 436, 457 f., 506, 512, 517, 544, 554
- Korruptionsdelikte 10, 274, 458, 506  
– *siehe auch* Bestechlichkeit
- Kosten-Nutzen-Verhältnis 471–476, 487 f., 494, 497
- Kreditvergabe, eigennützig 24, 40 f., 225, 293, 381, 398
- Kulturvergleich 467–469, 499–519
- Larceny (Straftatbestand), *siehe* Theft (Straftatbestand)
- Legalitätspflicht 29 f., 66, 175 f., 181, 191, 196 f., 207–209, 248–252, 270, 365, 408, 415, 433–439, 464 f., 498, 514–519, 529
- Loyalitätskonflikt, *siehe* Interessenkonflikt
- Loyalitätspflicht 15–20, 21–26, 33 f., 94, 138–141, 170, 386, 389 f., 442, 484, 505, 541  
– Loyalitätsgefahr (potentielle Verletzung) 186–196, 199, 241–252, 521  
– Verletzung der Loyalitätspflicht (Deutschland) 65 f., 70–75, 86–90, 99, 101, 103 f., 111–117, 139–141, 158–163, 196 f., 238–240, 538–555  
– Verletzung der Loyalitätspflicht (USA) 311, 330, 352, 354, 398, 413–415, 419–431, 435, 447 f., 457–464  
– Verletzung der Loyalitätspflicht im Rechtsvergleich, *siehe* Rechtsvergleich
- Mail fraud 10–12, 255 f., 260–264, 269, 286, 289 f., 304, 323, 329, 336–416, 418, 421, 424–427, 430, 437, 443–445, 448–452, 454, 456–459, 463, 467, 474, 499, 501  
– Auffangtatbestand 255 f., 336 f., 413, 418, 427  
– Betrugsabsicht (intent to defraud), *siehe* Vorsatz  
– Bribery and kickbacks 266 f., 317, 340, 350, 359, 362 f., 366–373, 377–380, 392–394, 414 f., 418, 521  
– Historie 259–271, 339–351, 399 f.  
– Honest Services (Tatobjekt), *siehe* Honest Services Fraud  
– Property (Tatobjekt), *siehe* Property  
– Right to control spending and risk of loss (Tatobjekt), *siehe* Property  
– Scheme to defraud, *siehe* Betrugsplan (scheme to defraud)  
– Self dealing, *siehe* Eigengeschäft (self dealing)  
– Skilling-Entscheidung 1, 265–270, 335, 344–350, 365 f., 376, 378, 387, 391–394, 399–402, 415  
– Tathandlung, *siehe* Post- bzw. Telekommunikationseinsatz

- Verfassungsmäßigkeit 259, 264–267, 347, 376, 520
- Managerhaftung, Begründung der 469–476
- Manifestation des Machtmissbrauchs- bzw. Treubruchwillens 432 f., 442, 464, 538–542, 549–551, 554
- Manifestation des Zueignungswillens 59–61, 64, 66 f., 538, 542
- Marktwirtschaft 217, 252–254, 467, 476 f., 480 f., 499
- Marktwirtschaft, freie 502–507, 508, 523
- Marktwirtschaft, soziale 502, 507–519, 520, 526
- Minderheitsgesellschafter, *siehe* Gesellschafter
- Misapplication of property (Straftatbestand) 9 f., 287, 299 f., 311 f., 319–328, 336, 414, 418, 424–456, 461, 464
- Misappropriation, *siehe* Zueignung
  - *siehe auch* Fraudulent misappropriation
- Mischief, criminal/malicious 10, 272, 275, 309–312, 322, 414, 418
- Missbilligung, *siehe* Geschäfte, rechtlich missbilligte
  - *siehe auch* Handlungszweck, missbilligter
- Missbrauchsuntreue, *siehe* Untreue
- Missmanagement 26, 291, 392, 406, 415, 440, 469, 472–478, 480–484, 486, 490, 497 f.
  - *siehe auch* Fehlentscheidung, wirtschaftliche
- Mitentscheidungs- und Kontrollrechte 183, 200–202
  - *siehe auch* Minderheitsgesellschafter
- Model Penal Code 5, 8, 256–259, 276–285, 296, 300, 308–310, 312–323, 328, 348, 404, 432, 560–563
- Motivation, interessenwidrige 25 f., 66, 103, 148 f., 162, 186 f., 193 f., 215–218, 234, 238–246, 251, 294, 325, 385, 415, 429 f., 442, 451–452, 461–464, 539
  - *siehe auch* Handlungszweck
  - *siehe auch* Vorsatz
- Nachtat, mitbestrafte, *siehe* Betrug
- Nachteil, *siehe* Vermögensschaden
- Nachteilszufügung, absichtliche, *siehe* Absicht
- Nachteilszufügungsverbot, allgemeines, *siehe* Schädigungsverbot, allgemeines
- Nichtoffenlegen, *siehe* Verschweigen
- Normative Korrektur, *siehe* Vermögensbegriff
- Offenbarungspflicht(verletzung), interne 21, 80, 108, 170, 267–270, 328, 337, 345, 352, 357, 362 f., 368, 371–377, 386, 389 f., 395–398, 401–405, 407 f., 427, 444, 522
  - *siehe auch* Verschweigen
- Ordnungsrecht 402 f., 506, 509–511, 513–516, 529, 531 f.
- Organ, *siehe* Gesellschaftsorgan
- Organvertreter, *siehe* Entscheidungsträger
  - *siehe auch* Gesellschaftsorgan
- Partnership, *siehe* Personengesellschaft
- Personengesellschaft 5, 17, 54–57, 107, 133, 171, 199, 211, 278 f., 311 f., 314, 324, 435
- Pflichtdelikt, *siehe* Sonderdelikt
- Pflichtverletzung, *siehe* Fallgruppen
- Pflichtverletzung, nützliche 29 f.
  - *siehe auch* Aufwendungen, nützliche
  - *siehe auch* Rechtsvergleich
  - *siehe auch* Untreue
- Pflichtwidrigkeitsvorsatz, *siehe* Vorsatz
- Post- bzw. Telekommunikationseinsatz 317 f., 332, 336–344, 348, 411–414
- Prinzipal-Agent-Konflikt 9, 30, 73, 94, 471–476, 480–484, 495, 513–515, 523
- Property 8–11, 256–271, 273 f., 277 f., 289 f., 321 f., 365, 414, 418, 457, 499
  - *siehe auch* Vermögen
  - Begriff 257–259, 280, 435, 465, 308, 418
  - Begriff im US Bundesstrafrecht 259–271, 302–304, 340, 414
  - Begriffsentwicklung 256–271, 435, 522 f.
  - Confidential information 260–262, 264, 268, 308, 418, 458

- *siehe auch* Informationen, vertrauliche
  - Honest services, *siehe* Honest services fraud
  - Intangible property 257, 263, 268, 347 f., 414, 418, 522
  - Intangible rights 259, 262–267, 270, 344–349, 366, 394
  - Offenses against property, *siehe* Straftaten gegen Vermögenswerte, allgemeine
  - Right to control spending and risk of loss 259, 267–270, 306, 359, 394–404, 407 f., 418, 426 f., 430 f., 433 f., 436–440, 448, 451 f., 456, 459, 461, 463 f.
- Quid-pro-quo, *siehe* Unrechtsvereinbarung
- Recht auf Kontrolle von Ausgaben und Risiken, *siehe* Property
- Rechtsgut bzw. Schutzgut 12, 22, 92, 259, 262, 446 f., 458, 467–470, 503 f., 508 f.
- Allgemein- und Drittrechtsgüter 93 f., 105, 110, 116, 468, 484
  - Disponibilität 55–58, 202–211
  - *siehe auch* Untreue
  - Eigentum und Vermögen 52, 58, 68, 117, 204
  - *siehe auch* Dispositionsfreiheit
  - Rechtsguts(inhaber)vertauschung 204, 525
  - Schutzreflex 93, 105
- Rechtsvergleich 417–465
- *siehe auch* Fallgruppen
  - Dispositionsfreiheit 427, 445–447, 454 f., 501–507, 518–520, 523, 528
  - Externalisierung von Schäden 474, 478, 480–485, 489–495, 498, 503, 506–508, 513–516, 521, 526–531
  - Interdependenz von Tathandlungs- und Taterfolgsdefinition 442 f., 451 f., 460 f., 465, 521, 523 f.,
  - Messbarkeit von Vermögensbeeinträchtigungen 447–457
  - Pflichtverletzung, nützliche 415, 435, 438, 472–475, 480–484, 489–495, 498, 515, 526 f., *siehe auch* Untreue
- Reichweite erfasster Pflichtverletzungen 419–441
  - Risikogeschäfte 450–452, 464, 474 f., 489, 530, 546 f., 553
  - Tatbestandsausschluss- und Rechtfertigungselemente 440–446
  - Taterfolgsdefinition 447–460
  - Verletzung der Loyalitätspflicht 475–480, 485 f., 497 f., 521–523
  - Vorsatzanforderungen 460–465
- Regelungs- und Anwendungsvorschläge 529–555
- Right to control spending and risk of loss, *siehe* Property
- Risikogeschäfte 48, 128, 130, 216, 220–222, 245, 247, 267
- *siehe auch* Rechtsvergleich
- Risikogeschäfte, pflichtwidrige 147–149, 151 f., 165, 171–173, 177, 186
- Rückschlußfehler (hindsight bias) 149, 151 f., 189 f., 194 f., 472, 474
- Sachbeschädigung (§ 303 StGB) 35 f., 51–58, 63, 90, 113, 132, 162, 165, 199, 203, 206, 275, 418, 435, 536 f.
- Sache 66–68, 257, 418
- Schaden, *siehe* Vermögensschaden
- Schaden, externalisierter, *siehe* Externalisierung von Schäden
- Schadensbegriff, *siehe* Vermögensbegriff
- Schadensfeststellung, *siehe* Vermögensschaden
- Schädigungsverbot, allgemeines 31–33, 66, 125–127, 151, 154–159, 183, 185–196, 211, 240, 439 f., 444, 460, 548 f.
- Schutz der Gesamtwirtschaft 110, 115, 117, 415 f., 481 f., 512
- Schutzbedürftigkeit 467, 475–477, 479 f., 484 f., 489–495, 497 f., 529
- Schutzzweck, *siehe* Rechtsgut
- Schwarzarbeit 45 f., 224, 230 f.
- Schwarze Kassen 47, 334, 433–437, 452–455, 463, 488, 491–494, 526
- Schwarze Kassen als Mail fraud 355 f., 361–365, 402 f., 408–410
  - Schwarze Kassen als Untreue 166–171, 173, 180–183, 197, 202, 210, 224 f., 232–237, 245 f., 249–252

- Securities Exchange Act 331–334
- Selbstschädigung, bewusste 164 f., 444  
– *siehe auch* Schädigungsverbot, allgemeines
- Selbstschädigung, irrtumsbedingte 69, 75, 77, 115, 127, 219, 274, 353 f., 356
- Selbstschutzmaßnahmen 485–489
- Selbstschutzmöglichkeit, *siehe* Viktimodogmatik
- Self dealing, *siehe* Eigengeschäft
- Sonderdelikt 10, 92–117, 119–123, 131, 418, 457, 459, 530–536  
– *siehe auch* Straftaten gegen Vermögenswerte, besondere
- Sonderdelikt (US-Recht) 10, 258 f., 295, 319, 329, 335 f., 418, 427, 430 f., 446, 457, 465
- Sonderinteresse, *siehe* Interessenkonflikt  
– *siehe auch* Verfolgung von Sonderinteressen
- Sorgfaltsgeneralklauseln, *siehe* Untreue
- Sorgfaltspflicht, zivilrechtliche 15–20, 26–33, 66, 154, 162 f., 175–177, 207 f., 515 f.
- Sorgfaltspflichtverletzung i. e. S. 34, 186–196, 419, 431–440
- Sozialadäquanz 25, 98–100, 128, 164–166, 218, 229, 244 f., 452
- Sozialbindung des Eigentums 509–511, 514, 518–520, 524–529  
– *siehe auch* Gerechtigkeitserwägungen, soziale
- Sozialisierung von Kosten, *siehe* Externalisierung von Schäden
- Sozialschaden 470, 477–483, 504, 535 f.
- Spendenvergabe 147, 166, 186, 195 f., 215, 241–244, 364, 383 f., 396 f., 402 f., 437 f., 554 f.
- Spezialprävention, negative 473, 475
- Sponsoring, *siehe* Spendenvergabe
- Stakeholder 31, 93, 105, 109, 117, 192, 202–209, 331, 510 f.
- Steuerungsfunktion 252–254, 471 f., 497 f., 503, 514–519, 529 f.
- Stoffgleichheit 70 f., 79, 260, 262, 355, 357, 377, 401, 447
- Strafbarkeitsbegründung, ökonomische 470–476, 487, 497, 517, 526, 538, 555
- Strafbedürfnis, *siehe* Untreue
- Straftaten gegen Vermögenswerte, allgemeine 11 f., 35 f., 51–91, 271–312, 329, 418, 425  
– Funktion der Straftaten gegen Vermögenswerte 500 f., 504  
– „Schutzlücken“ 36, 90 f., 119, 256, 261, 267, 279, 291, 311, 426, 457, 479
- Straftaten gegen Vermögenswerte, besondere 10, 36, 92–117, 308, 418, 459  
– *siehe auch* Fraudulent practices
- Supreme Court, *siehe* US Supreme Court
- Tatbestandsmerkmal, normatives 35, 143, 153, 195, 240, 546
- Tatsachen, innere (Absichten und Motive) 73, 76–80, 84–86, 89, 223, 282–284  
– *siehe auch* Motivation, interessenwidrig
- Täuschung 62, 69–80, 83–91, 115, 134, 197, 277 f., 282–285, 290, 296 f., 304–306, 309–313, 371–377, 383, 404 f., 425, 436 f., 479, 506, 521, 533  
– Erheblichkeit bzw. Wesentlichkeit der Täuschung (materiality) 274, 352–356, 368, 376 f., 386, 395, 400, 406, 445, 449, 522  
– konkludente Täuschung 70, 72–75, 82, 90, 145, 263, 437  
– Täuschung durch Unterlassen 72, 74–80, 83–89, 145, 246, 282 f., 330, 351–361, 385 f., 425, 533
- Täuschung zur Ermöglichung oder Erleichterung 69 f., 72–74, 183, 251, 356, 399, 403, 412, 430
- Täuschung zur Verdeckung oder Verschleierung 70–74, 85 f., 88 f., 112, 183, 226, 243, 251 f., 266 f., 290, 293 f., 308, 356 f., 370–373, 392–397, 407 f., 412, 424, 430, 448, 453, 492  
– *siehe auch* Verschleierung  
– *siehe auch* Vermögensausgliederung
- Theft (Straftatbestand) 4, 10, 257, 271 f., 275–309, 311, 316, 319–328, 336 f., 414, 421, 425  
– *siehe auch* Diebstahl  
– Embezzlement 10, 257, 271–281, 284, 287 f., 290–302, 307, 321–323,

- 347–349, 355, 359, 418, 425–427, 444, 449–452
- False pretenses (Straftatbestand) 10, 257, 271–277, 282–285, 292, 294–297, 307 f., 311, 328, 340 f., 348 f., 355, 404, 418, 443–445, 449–452
  - Larceny (Straftatbestand) 257, 271–273, 275–287, 349
  - Theft by deception 278, 282–284, 320, 324 f.
  - Theft by unlawful disposition 277, 280–282, 311, 326
- Transparenz, innerbetriebliche 147, 196, 422 f., 555
- Travel Act 317–319, 346, 392, 414, 428, 458
- Treuepflicht 4, 17 f., 26, 120 f., 125, 132, 208 f., 356, 428 f., 436, 459, 523 f., 536 f.
- *siehe auch* Fiduciary duty
  - *siehe auch* Vertrauensverhältnis
  - *siehe auch* Vermögensbetreuungspflicht
- Treuwidrigkeit 50, 106, 112, 115 f., 122, 125 f., 140 f., 156, 216 f., 222, 266 f., 350, 377, 391, 404, 410, 539 f., 545–547, 553
- Überwachungspflicht 28 f., 31–33
- Überwachungspflichtverletzung 28 f., 32 f., 186–195, 415, 439 f., 529
- Ultima-ratio Prinzip 468–498, 528 f., 538
- Unmittelbarkeit, *siehe* Vermögenskompensation
- Unrechtsvereinbarung 4, 94–101, 179, 315, 393, 429
- Unternehmen als Opfer 180, 183, 185 f., 438, 489–495, 526 f., 552
- Unternehmen als Täter 185 f., 429, 438 f., 489–495, 506, 526 f., 552
- Unternehmensgeheimnis, *siehe* Geheimnis
- Unternehmensinhaber 24 f., 30 f., 39, 53–58, 70, 79, 81–96, 117, 185 f., 198–203, 268, 283 f., 291, 296–299, 302–308, 331, 356, 377, 414, 435–437, 440–448, 452, 459, 461–463, 485 f., 488, 502, 505 f., 507, 511 f., 517–519, 524 f.
- *siehe auch* Aktionär bzw. Shareholder
  - *siehe auch* Gesellschafter
- Unternehmens(inhaber)vertreter 70, 76, 81 f., 83, 111, 197, 307, 323, 326, 391, 410, 444 f., 491
- *siehe auch* Vorgesetzter
- Unternehmensinteresse 135 f., 164, 178–184, 188–195, 235, 238, 241, 363, 453 f., 523
- *siehe auch* Interessenkonflikt
  - Handeln im (vermeintlichen) Unternehmensinteresse 28, 195, 215, 241, 245–252, 306, 374, 432, 453
  - objektiviertes Unternehmensinteresse 30–32, 57, 164, 189–195, 203, 490, 515 f.
  - Pflicht zur ungeteilten Wahrung der Unternehmensinteressen 15–17, 21–32, 160, 189, 306, 362
  - Schädigung von Unternehmensinteressen 6, 111, 191–193, 238, 374
  - subjektiv verstandenes Unternehmensinteresse 32, 195, 389 f., 396 f.
  - Tatbestände zum Schutz der Unternehmensinteressen 92, 94, 101, 109, 111, 205, 537
- Unternehmenskrise 109–114, 178 f., 202 f., 287, 294, 299 f., 302, 328–330, 350, 482, 516 f.
- Unternehmensressourcen 21 f., 170, 420, 425 f.
- Unternehmensruf 105, 459 f.
- Unternehmensstrafrecht 489–495, 506–508, 513–516, 526–528, 543
- Unternehmensvermögen 15 f., 22 f., 28 f., 211–237, 252,
- Unternehmenswert 108, 114–116, 172, 192, 333 f., 459
- Unternehmenswille 57 f., 203–209, 227, 237, 253, 524
- Unternehmenszusammenbruch, *siehe* Unternehmenskrise
- Unterschlagung (§ 246 StGB) 23–25, 35–36, 51, 59–68, 120 f., 125, 132, 199, 239 f., 253, 273, 418, 425 f., 450, 479 f., 530–535, 538–545, 550, 554

- Subsidiarität 59, 68
- Tathandlung, *siehe* Zueignung
- Tatobjekt, *siehe* Sache
- Unterschlagung von Vermögenswerten, *siehe* Zueignung von Vermögenswerten
- Zueignungswille, *siehe* Vorsatz
- Untreue (§ 266 StGB) 2–4, 9–12, 35, 44, 57–58, 76 f., 105, 117–254, 261, 377 f., 418, 419–555
- Anfangsverdacht und Ermittlungsverfahren 157, 190 f., 495–497, 548 f., 554 f.
- Anschlussstraftat 45
- Auffangpflichtverletzung 194–196
- Auffangtatbestand 2, 9–10, 35–36, 51, 75, 119–121, 418, 425 f., 432, 468
- Auslegung nach Fallgruppen 118, 142 f., 151 f., 158–197, *siehe auch* Fallgruppen
- Bestimmtheitsgebot, *siehe* Bestimmtheitsgebot
- Bestimmtheitsproblem 119, 123–129, 140–142, 150–159, 468, 531 f., 538, 540
- Drittschutz, mittelbarer, *siehe* Pflichtverletzung
- Einverständnis 198–211, *siehe auch* Einverständnis
- Endschadensvorsatz 176, 220, 225, 246 f., 546 f.
- Endschadensvorsatz, *siehe* Vorsatz
- Existenzgefährdung, *siehe* Eingriff, existenzgefährdender
- Fremdvermögensbezug 144, 146 f., 175, 185, 460, 477
- Historie 50, 119–132, 520, 532 f., 543–546
- Indisponibilität von Rechtspflichten 202–209
- Instrumentalisierung des Tatbestands durch Dritte 190 f., 473 f., 514–516
- Interessenwahrnehmungspflicht 540–544
- Kickbacks 145 f., 160 f., 165, 196 f., 217 f., 228, 239, 252
- Konsolidierung des Tatbestands 131 f.
- Konzernuntreue 118, 136 f., 172, 197, 202, 205–207, 248 f., 535
- Missbrauchstatbestand 137–140, 319, 540, 549–551
- Missbrauchstheorie 124 f., 126, 132
- Motivation 147 f., 186 f., 196, 237 f., 442, 544 f., 553, 555, *siehe auch* Motivation, interessenwidrige
- gravierende Pflichtverletzung 144, 147–150, 181 f., 192, 242 f., 440–442, 538, 546, 554
- nützliche Pflichtverletzung 159, 166, 173–186, 222, 245, 251, 552, *siehe auch* Rechtsvergleich
- Pflichtwidrigkeit 125–128, 144–148, 158–197, 240, 419–447, 492 f., 546–550, *siehe auch* Treuwidrigkeit
- Pflichtwidrigkeitsbegründung 146, 156–158, 160–163, 183, 194, 217, 442 f.
- Rechtsgut 117 f., 129, 253 f., 469 f., 484, 526, 535, 537 f., *siehe auch* Rechtsgut
- Risiko, erlaubtes 154–156, 220–222, 405, 465, 487 f.
- Schadensverursachung, unbefugte 128, 138, 142, 150–156, 548
- Schlichte Schuldnerpflichten 144–146
- Sorgfaltsgeneralklauseln 126, 142 f., 147, 150–155, 159, 181 f., 188–190, 518 f., 541, 548
- Strafwürdigkeit 2–4, 152, 315, 451, 468–498, 530, 534 f.
- Tatbestandsausschluss 198–211, *siehe auch* Einverständnis
- Taterfolg 123, 127–129, 211–237, 551 f., *siehe auch* Vermögensschaden
- Täterqualität 118, 133–137, *siehe auch* Vermögensbetreuungspflicht
- Tathandlung 123–127, 137–197, 538–551, *siehe auch* Pflichtverletzung
- Tathandlungsdefinition, rückwirkende 159, 168–171, 421
- Tathandlungsdefinition, zirkelschlüssige 153–156
- Tatvorsatz 123, 129–131, 237–252, 546–548, 553, 555, *siehe auch* Vorsatz
- Treubruchstheorie 125–127, 132
- Treubruchtatbestand 137, 140 f., 153 f., 541 f., 544, 549 f.

- Unmittelbarkeit der Kompensation, *siehe* Vermögenskompensation
- Unmittelbarkeit der Schadensverursachung 138, 142, 146 f., 150, 166, 176, 182, 220, 222–224, 455 f., 490
- Verfassungsmäßigkeit 48–50, 123, 126 f., 142 f., 148, 150–153, 156–159, 211 f., 228, 248, 469, 520, 524, 538, 540, 548 f.
- Vergütungsansprüche, eigene 133–136, 165, 191–194, 198, 234, 241, 246, 292–294, 358–360, 364, 399, 420 f., 483, 511
- Verhältnis zum Betrug (Sperrwirkung) 76 f., 86–88
- Vermögensinteresse, Begriff 541–543
- Verschleifungsverbot, verfassungsrechtliches, *siehe* Verfassungsrecht
- Verstoß gegen drittschützende Verbotsnorm 58, 117, 146, 173–186, 207 f., 234 f., 248–252, 445 f., 483 f., 524
- Verwendungsabsicht, *siehe* Handlungszweck
- Zivilrechtsakzessorietät 118, 125 f., 253, 442, 538, 547–551, *siehe auch* Pflichtwidrigkeit, *siehe auch* Einwilligung
- Zivilrechtsakzessorietät der Pflichtverletzung 138, 141–158, 168, 174–190, 509, 516–518, 523–528
- US Bundeskompetenz (Strafrecht) 7–9, 288 f., 318, 342–344
- US Bundesstrafrecht 5–10, 255 f., 259–271, 274, 276–279, 285–292, 302–304, 312 f., 316–320, 326–336
  - *siehe auch* Mail fraud
  - *siehe auch* Rechtvergleich
- US Strafrechtskodifikationen (Einzelstaaten) 8, 255 f., 276 f., 284 f., 291–310, 315–318, 322–326, 328, 422 f.
- US Strafrechtssystem 5, 12, 440, 499–507
- US Supreme Court 1, 35, 259–271, 285, 317, 333 f., 340–358, 431, 468, 490, 520–523
  - *siehe auch* Mail fraud / Skilling–Entscheidung
- Verfassungsrecht
  - Bestimmtheitsgebot 1, 38, 48–50, 123, 126 f., 151–153, 259 f., 266 f., 468, *siehe auch* Bestimmtheitsproblem, *siehe auch* Untreue
  - Eigentumsgarantie 508–513, 518, *siehe auch* Sozialbindung des Eigentums
  - Grundgesetz 40, 126 f., 152, 509 f., 518, 549
  - US Verfassung 7 f., 259, 266, 285, 339, 520
  - Verschleifungsverbot 107–109, 150–158, 182, 211 f., 217, 223, 241, 251 f., 269, 548 f.
- Verfolgung von Eigen- bzw. Drittinteressen 159, 186 f., 215, 419–425, 432, 439, 496, 539, 553
- Verfolgung von Sonderinteressen 22, 25 f., 63–65, 75 f., 79, 372 f., 414, 419–431, 439 f., 553
- Verfügungsbefugnis, *siehe* Befugnis
- Verlustgefährdung, *siehe* Schaden
- Vermögen, anvertrautes 10, 49, 59, 102, 119–121, 192 f., 284, 290, 319 f., 531–535, 544
- Vermögensaneignung, *siehe* Zueignung
- Vermögensausgliederung 47, 224, 232–237, 452–454
  - *siehe auch* Verschleiern
- Vermögensbegriff 37, 36–50, 127–129, 211 f., 234 f., 253, 256–271, 507, 520 f., 528 f., 549, 551 f.
  - *siehe auch* Property
  - Abstraktionsprinzip, vermögensstrafrechtliches 520
  - Ausdehnung, faktische 42–44, 48
  - Ausdehnung, normative 44–50, 211 f., 226–235, 492 f., 552
  - gegenstandsähnlicher Vermögensbegriff 127–129, 253, 257 f., 270, 319, 327, 426, 448, 451, 457, 520–523, 528, 542
  - juristisch-ökonomischer Vermögensbegriff 42, 44–48, 151 f., 155, 168 f., 182, 211 f., 452–454, 467, 499–502, 513–516, 507 f., 512

- normative Wertkorrektur 38, 40–42 f., 44–48, 211 f., 217, 222, 224 f., 226–237, 245 f., 248–252, 452–457, 460 f., 465, 512, 521, 524 f., 529
- wirtschaftlicher Vermögensbegriff 41–44, 169, 179, 226 f., 232, 533, 551 f.
- Vermögensbestandteil 38, 41–43, 45, 113, 258, 374, 555
- Vermögensbetreuungspflicht 35, 42, 76 f., 87 f., 117 f., 133–137, 145 f., 320 f., 327, 541–542, 548–551
  - *siehe auch* Treuepflicht
- Vermögensdelikt, *siehe* Straftaten gegen Vermögenswerte
- Vermögensinhaber 39, 125, 140, 186, 198 f., 245, 275, 302, 320, 443–447, 499, 524, 528
- Vermögenskompensation 37–41, 45–47, 128 f., 146, 169, 176–179, 186, 212–237, 258, 449–455, 521–524, 551 f.
  - Kompensationsfähigkeit und -bereitschaft 41, 62, 184, 213, 225–228, 236 f., 454 f.
  - Saldierung (Prinzip der Gesamtsaldierung) 39, 128 f., 212 f., 227, 258, 450, 507, 520
  - Unmittelbarkeit 39, 46–48, 128, 212 f., 217, 222, 225, 227–236, 452–455, 551
  - wirtschaftlich vernünftiger Gesamtplan 128, 213, 215, 219–221, 227–233, 237, 551 f.
- Vermögensschaden bzw. Vermögensnachteil
  - Beeinträchtigung der Kreditwürdigkeit 116, 459
  - Existenzgefährdung 93, 136 f., 143, 164, 171–173, 196 f., 202–207, 248 f., 399, 525
  - Gefährdungsschaden 43 f., 84–86, 105, 213, 218–225, 451 f., 455–458, 533
  - normative Schadensfeststellung 146, 169 f., 175–184, 212, 226–237, 518, 528, 530, 554
  - sicherer Vermögensverlust 164–166, 169 f., 177, 182, 184, 193, 233, 244
  - Vermögensvernichtung 54, 90 f., 113, 171, 213–222, 449
  - Verlustgefährdung bzw. Nichtausgleichs-Gefährdung 43 f., 48 f., 219–225, 311, 327, 455–457
  - wirtschaftlich-objektive Schadensfeststellung 49, 212–226, 450–452, 546
  - wirtschaftlich-subjektive Schadensfeststellung 467, 499–501, 506 f.
  - Zweckverfehlung und individueller Schadenseinschlag 40, 214, 403 f.
- Vermögensgefährdung 38, 42–44, 48 f., 60, 79 f., 84 f., 105, 127–129, 218–226, 233, 260, 267–270, 335, 377, 399, 522–524
  - abstrakte Vermögensgefährdung 92 f., 104 f., 108 f., 116 f., 180 f., 235, 312, 428, 447–449, 457–460
  - konkrete Vermögensgefährdung 116, 233, 268 f., 309, 320 f., 428, 447 f., 450,
  - normative Vermögensgefährdung 45–47, 49, 169, 184, 233
- Vermögensschutz 36–50, 90–92, 181, 253, 258, 312, 342, 346, 418, 444 f., 467, 492, 499–519
- Vermögensstrafrecht, *siehe* Straftaten gegen Vermögenswerte
- Vermögensverschiebung bzw. Vermögenstransfer 10, 40, 47, 69–71, 127–129, 132, 271, 275–285, 311, 319, 326, 348 f., 356 f., 361, 432, 435 f.
  - abgeschlossene Vermögensverschiebung 213–218, 449–455
  - drohende Vermögensverschiebung 218–222, 455–457
  - Verfügungsverfügung 70, 75 f., 80–89, 183–185, 274, 281, 327, 336, 456, 459, 533, 545
- Vermögensverschwendung 24, 28 f., 31–33, 191–194, 214–216
- Vermögensverwendung, verbotene 45, 49, 207–209, 222 f., 226–237, 250–254, 431 f., 434, 492–495, 527, 552
- Vermögensweggabe (Vermögensverwendung) 39–45, 64 f., 175 f., 185 f., 211–214, 219, 356 f., 449–452, 523

- Vermögenswert 22 f., 25–27, 36–48, 66–68, 70, 90 f., 102 f., 119–122, 213 f., 221, 232–236, 258–271, 277–292, 302–307, 355–357, 418, 425 f., 449–459, 521–523, 528, 534
- *siehe auch* Property
- Vermögenswertes Recht, *siehe* Property
- Verschleiern 106–110, 175, 183, 185, 224 f., 232–236, 247, 302–304, 328–332, 334, 451, 459, 464, 485
- *siehe auch* Täuschung
  - *siehe auch* Vermögensausgliederung
- Verschleifungsverbot, *siehe* Verfassungsrecht
- Verschweigen 6, 21, 25 f., 73, 75–79, 84, 87–89, 246, 266, 270, 283 f., 290, 296, 310, 329 f., 347, 354, 356–360, 379, 386, 389, 392 f., 396 f., 400, 406–408, 436, 463
- *siehe auch* Offenbarungspflicht(verletzung), interne
- Verschwendung, *siehe* Vermögensverschwendung
- Verschwiegenheitspflicht, *siehe* Geheimhaltungspflicht
- Verstoß gegen Bereicherungsverbot (no-profit-rule) 21, 71 f., 79 f., 114 f., 145, 158–163, 176, 318, 334, 476
- Verstoß gegen interne Compliance- und Verhaltensvorgaben 28–30, 167 f., 175, 377 f., 383–411, 431–437, 472 f.
- Versuchsstrafbarkeit 44, 60, 69, 84–86, 211, 225, 258, 350, 532 f.
- Vertrauensverhältnis 78 f., 89, 117 f., 125, 264, 278 f., 282, 352 f., 370, 376, 457 f., 475–480, 546–548
- *siehe auch* Fiduciary duty
- Vertreter, *siehe* Unternehmensvertreter
- Viktimodogmatik 477, 484–495
- *siehe auch* Schutzbedürftigkeit
- Void-for-vagueness, *siehe* Bestimmtheitsgebot
- Vorgesetzter 81 f., 243 f., 297, 354, 356, 377, 390 f., 409 f., 414, 435, 452
- *siehe auch* Unternehmensvertreter
- Vorsatz 59–68, 100 f., 129–132, 237–253, 275, 281, 307 f., 322 f., 329 f., 404–412, 460–465, 523 f., 553–555
- *siehe auch* Bösgläubigkeit (acting in bad faith)
  - *siehe auch* Handlungszweck
  - Absicht 71, 121–123, 100, 129–131, 168 f., 253, 321–323, 330, 335, 404–406, 421, 437, 451, 464, 544–546
  - Bereicherungsabsicht 69–71, 79 f., 85 f., 88 f., 103, 127, 253, 219, 237 f., 246, 253, 274, 293, 308, 352, 365, 375, 406–409, 425 f., 447 f., 455, 462 f., 533, 535 f.
  - Betrugsabsicht (intent to defraud) 267, 274, 285, 293, 299, 305, 307 f., 338, 340, 373, 398, 404–411, 414 f., 430, 433, 437, 440, 442, 452–454, 461 f.
  - Eventualvorsatz 30, 33, 53, 61, 100, 103 f., 129 f., 237 f., 242, 246 f., 420, 429, 462–465, 553
  - Eventualvorsatz (recklessness) 309, 320, 322 f., 405, 464, 553
  - Irrtum 62, 100 f., 171, 189, 219, 226, 238–245, 250, 327, 465
  - Nachteilszufügungsabsicht 30, 33, 123, 129–132
  - Pflichtwidrigkeitsvorsatz (intentional fiduciary breach) 78, 89, 189 f., 237–245, 248, 252, 314 f., 327, 368, 371–375, 460–465, 553 f.
  - Schadenswidergutmachungsabsicht 249 f.
  - Schädigungs(folgen)vorsatz 51–53, 130, 169, 176, 222, 237–242, 245–252, 280 f., 315, 368, 379–382, 398, 420, 429, 460–465, 484, 531, 547 f., 553, *siehe auch* Motivation, interessenwidrige
  - Schädigungsabsicht 103 f., 253, 275, 323, 352, 365, 385, 394 f., 406–409, 462 f.
  - Täuschungsabsicht (intent to deceive) 290, 307 f., 323, 373, 404–406, 433, 461
  - Vorsatzbegründung 160–163, 241–252, 404 f., 462–465
  - Wegnahmevorsatz (intent to deprive) 264, 275, 280–282, 284 f., 290 f., 307 f., 311, 325, 366, 409

- Wissentlichkeit (Pflichtverletzung) 19 f., 29 f., 243–247, 313–315, 320 f., 326, 371–374, 377 f., 382–393, 408 f., 414 f., 433, 437, 448, 451, 453, 462, 465, 480–482, 542 f., 555
- Zueignungswille 59–66, 240, 272 f., 277 f., 321–323, 538, 542
- Vorsatzanforderungen, *siehe* Rechtsvergleich
- Vorschlag zur Rechtsgestaltung, *siehe* Regelungs- und Anwendungsvorschläge
- Vorstand 6, 24, 27, 95 f., 122 f., 129 f., 135 f., 139, 147, 154, 164–168, 172 f., 178, 182 f., 187–194, 207–209, 229, 243, 245, 422–425, 429, 435, 439, 453, 463, 512–514
- *siehe auch* Director/Officer
- *siehe auch* Entscheidungsträger
- Vorteil 21 f., 25, 96–98, 161
- Vorteilsannahme, *siehe* Annahme von Zuwendungen Dritter
- Vorteilsgewährung, *siehe* Bestechung bzw. Vorteilsgewährung
- *siehe auch* Fallgruppen
  
- Weggabe, *siehe* Vermögensweggabe
- Wegnahme (unlawful taking, deprivation) 102, 263 f., 270–277, 280 f., 285, 290–292, 299, 302–304, 321, 346–348, 351 f., 385
- *siehe auch* Vorsatz
- Wettbewerbsrecht 101–105, 227, 358 f., 506
- Wettbewerbsschutz 93 f., 105 f., 117, 173 f., 180, 217, 385, 483, 508
- Wettbewerbsverbot 21, 25, 145, 310, 358 f.
- Wire fraud, *siehe* Mail fraud
- Wirtschaftsordnung, *siehe* Marktwirtschaft
  
- Ziel, *siehe* Handlungszweck
- Zivilrechtsakzessorietät, *siehe* Pflichtverletzung
- *siehe auch* Einwilligung
- *siehe auch* Eigentumsschutz
- *siehe auch* Regelungs- und Anwendungsvorschläge
- Zueignung im deutschen Recht 47, 59–66, 105, 116, 119, 135 f., 157
- *siehe auch* Aneignung
- Zueignung im Rechtsvergleich 420, 432, 449 f., 462, 475 f., 478–480, 485 f., 497
- Zueignung im US-Recht (misappropriation) 10, 22 f., 268 f., 273 f., 277, 280 f., 284 f., 288, 299, 311 f., 321 f., 333, 348 f.
- *siehe auch* Aneignung im US-Recht (fraudulent conversion)
- Zueignung von Vermögenswerten 36, 51, 66–68, 90 f., 119–123, 206–218, 239 f., 425 f., 479, 532
- Zueignungswille, *siehe* Vorsatz
- Zurechnung strafbarkeitsbegründender Merkmale 111–114, 137, 491
- Funktionentheorie 112–114, 491
- Interessentheorie 109, 111–113
- Zuständigkeit, *siehe* Kompetenz
- Zuständigkeit, gerichtliche, *siehe* Jurisdiktion
- Zustimmung der Unternehmensinhaber 17, 166, 185, 193, 200–202, 279 f., 297–308, 443–447
- Zustimmung 22, 24 f., 192, 199, 277, 387–391, 409 f.
- Zustimmung, missbräuchliche 17, 24, 202, 298–300, 390 f., 445 f.
- Zweck, *siehe* Handlungszweck
- Zweckverfehlung, *siehe* Vermögensschaden
- zwischenstaatlich („interstate“) 7 f., 289 f., 302–306, 317 f., 332, 338–343, 411